BIBLIOTHEK
DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE
XVII.

M. TOMSKI

ABHANDLUNGEN ÜBER DIE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG IN RUSSLAND

1921
VERLAG DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE
AUSLIEFERUNGSSTELLE FÜR DEUTSCHLAND:
VERLAGSBUCHHANDLUNG CARL HOYM NACHF.
LOUIS CAHNBLEY, HAMBURG 11

INHALT:

I.

Die Umgruppierung der Gewerkschaften nach Betrieben und Industrien und ihre Allrussische Zentralisation.

Die Gewerkschaftsbewegung in Rußland — ein Kind der Revolution des Jahres 1905 — die zeitweilig durch die Wucht der Reaktion in den Jahren 1909—1910 erdrückt wurde, begann in den Jahren 1911—14 sich neuerdings zu entwickeln. Durch die kriegspatriotische Reaktion der Jahre 1914—16 zum zweitenmal zertrümmert, wies sie während der Periode der II. Revolution, d. h. gegen März 1917, nur hier und da einige schwache Sprößlinge in Gestalt der politisch am meisten „gutgesinnten" Verbände auf, die in ihren Reihen einige Dutzend, bestenfalls einige Hundert Mitglieder zählten.

Geboren in einer „Sturm- und Drang"-Periode, in einem mit dem öffentlichen Leben völlig unvertrauten Lande und inmitten eines Proletariats, das weder Organisationen und Selbsttätigkeit noch organisatorische Disziplin kannte, konnte die Gewerkschaftsbewegung des Zeitabschnittes 1905 bis 1907 keine großangelegten organisatorischen Pläne fassen, und ihre Hauptaufgabe bestand darin, möglichst breite Proletariermassen in die Organisationen hineinzuziehen, ihnen organisatorische Disziplin und Selbsttätigkeit beizubringen und dem Drucke des Kapitals und der Reaktion die in den Verbänden organisierte Masse gegenüberzustellen. Das politische Leben verlief jedoch so stürmisch, der russische Arbeiter war so sehr gedrückt, daß die Verbände während dieses Zeitabschnittes nur einen sehr geringen Teil der Arbeiter, nur die qualifizierten Arbeiter und am meisten selbstbewußten Spitzen des Proletariats erfassen konnten.

Nichtsdestoweniger waren die Verbände die organisatorischen Zentren, deren Wirken auch die nichtorganisierte Arbeiter-

masse wachsam verfolgte. Organisatorisch die breiten Arbeiterschichten zwar nicht umfassend, waren die Verbände doch die Mittelpunkte, um die sich, namentlich in Zeiten wirtschaftlicher Konflikte, die Massen scharten. Die heranstürmende Reaktion stellte neue Fragen auf die Tagesordnung — die Verteidigung der wirtschaftlichen Errungenschaften des Jahres 1905 und die Erhaltung der Organisation selbst. Von irgend welcher planmäßigen Entwicklung der Organisationen und einer Verbreiterung des Verbandsapparates konnte in Anbetracht der unausgesetzten Polizeiverfolgungen und Repressalien freilich keine Rede sein.

Die Verbände trugen einen ausschließlich lokalen Charakter bei einer außergewöhnlichen organisatorischen Buntscheckigkeit. In den allermeisten Fällen gliederten sich die Verbände nach Berufen, wiewohl schon Keime eines Aufbaues nach Betrieben vorkommen, hauptsächlich in den am meisten fortgeschrittenen Proletarierschichten (Metallarbeiterverband, Buchdruckerverband usw.). Ueber das Prinzip des Aufbaues der Verbände nach Industrien herrschte selbst im Bewußtsein der Führer der gewerkschaftlichen Organisationen nur ungenügende Klarheit, doch ging die Entwicklung der Verbände nach dieser Richtung hin. So wurden z. B. in einem gegebenen Stadium des gewerkschaftlichen Aufbauprozesses, gelegentlich einer Vereinigung aller Arbeiter eines gegebenen Gewerbezweiges, die verwandten Berufe aus anderen Betriebszweigen mit in den Verband einbezogen. Der Metallarbeiterverband umfaßte nicht nur die am metallverarbeitenden Gewerbe Beschäftigten, sondern auch alle andern Metallarbeiter, unabhängig vom Betriebszweige, in dem dieses oder jenes Individuum arbeitete.

Auch die Mitgliederbeiträge dieses Zeitabschnittes haben ein außerordentlich buntes Gepräge; in den verschiedenen Verbänden gibt es gleichzeitig drei Arten von Beiträgen: den nach Prozenten berechneten, den einheitlich festgesetzten und den außerordentlichen.

Die wirtschaftlichen Kampfbedingungen erheischten jedoch gebieterisch eine Vereinigung der verwandten Verbände in den einzelnen Provinzen und im gesamten russischen Reiche und die Schaffung zwischenverbändlicher Vereinigungen lokalen und allrussischen Charakters zwecks Koordinierung des wirtschaftlichen

Kampfes zur Lösung allgemeiner Fragen der Gewerkschaftsbewegung. Die erste und zweite Konferenz waren die für jenen Zeitpunkt großartigsten Versuche einer derartigen Vereinigung; allein die strengen Repressalien des Zarismus zerrissen nicht nur die bereits gesponnenen zwischenverbändlichen Fäden, sondern erstickten auch die Bewegung selbst.

In nicht besseren Verhältnissen lebten auch die in der Periode der Jahre 1911—14 entstandenen Verbände. Ihr kurzfristiges Dasein war von den schlimmsten Verfolgungen begleitet. Verhaftungen der Führer, Haussuchungen, Verbandsverbote und dergleichen Maßnahmen gehörten zu den alltäglichen Begebenheiten. Aber ungeachtet all dieser äußerst gedrückten Tätigkeitsbedingungen klammerten sich die Verbände zäh an jede Möglichkeit gesetzlicher Lebensführung und gingen nur bei äußerster Not auf die teilweise oder auch ganz illegale Arbeit über. Auf solche Weise retteten sich zu Beginn der Februarrevolution in einigen Städten ungefähr zehn Verbände, deren Mitgliederzahl sich auf einige Dutzend belief.

Noch hatte sich jedoch der Tumult der Straßenkämpfe nicht gelegt, als ein neuer Arbeiterverband nach dem andern ins Leben trat. Als erste machten sich die Arbeiter der Fabriken und Werkstätten an die Organisation. In seltenen Fällen wurden aus den Ueberresten eines alten nur wenige Mitglieder zählenden Verbandes — am häufigsten wohl aber einfach aus nichts in wenigen Tagen ein Verband geschaffen, der sich schon während eines Monats zu einer Organisation auswuchs, die Tausende und Zehntausende von Mitgliedern umfaßte.

„Fast seit dem ersten Revolutionstage begannen die Moskauer Metallarbeiter mit der Organisation ihres Verbandes. Im engen Stübchen eines der Veteranen der Metallarbeiter begann die Registration von Verbandsmitgliedern. Bald darauf konnte man schon die Konstituierende Versammlung des Verbandes abhalten, die am 29. März stattfand. Auf dieser Versammlung wurde eine Organisationskommission gewählt; Mitglieder zählte der Verband bereits 16 423" — so schildert der frühere Sekretär und einer der Gründer der Organisation, W. Polonski, in Nr. 5 des „Moskauer Metall-Arbeiters" (15. Nov. 1917) die Entstehung des Moskauer Metallarbeiterverbandes. Mit geringfügigen Abänderungen

ist diese keineswegs erklügelte Geschichte die Entstehungsgeschichte der meisten russischen Verbände während der Periode der Februarrevolution.

Plötzliches Entstehen und rasche Entwicklung und Ausbreitung der Verbände — das sind die charakteristischen Merkmale dieses Zeitabschnittes. Schon in ihren ersten Lebenstagen mußten die Verbände die Führung des entbrannten wirtschaftlichen Kampfes übernehmen, wie auch Verhandlungen und Vermittlungen in einer ganzen Anzahl von Konflikten zwischen Arbeitern und Unternehmern führen. Eilig, nach Kriegsmanier, verzweigt sich der Verbandsapparat: es werden ein Arbeitsbüro errichtet (Registrierung der Arbeitslosen), Konfliktabteilungen, Ausschüsse und Sektionen für Tariffestlegung; in den größeren Industriegebieten bilden sich besondere Abteilungen, in den Fabriken und Werkstätten entstehen Betriebs-Ausschüsse. Unter solchen Umständen kann von einem harmonischen Aufbau des Verbandsapparates, von einer organisationsmäßigen Standhaftigkeit, sowie von einer prinzipienfesten Ausdauer in der Verbandstaktik und Disziplin natürlich nicht gesprochen werden. Es wird die allernotwendigste Maulwurfsarbeit geleistet; es wird der Unterbau, das Fundament der Bewegung geschaffen, jedoch ohne allen Zusammenhang, ohne Plan und Leitmotiv.

In organisatorischer Hinsicht bemerkt man dasselbe Durcheinander nach Berufen und Betrieben, das wir schon in den vorangehenden Perioden gesehen haben; doch streben die Organisationen schon mit ausgeprägterem Bewußtsein nach einer betriebsweisen Vereinigung der Werktätigen.

Die Verbände vereinigen sich untereinander in den Zentralbüros der einzelnen Städte, die fast ausschließlich Informationscharakter haben und die Tätigkeit der Verbände hauptsächlich in Fragen allgemeiner politischer Kundgebungen koordinieren. Diese Büros sind von mannigfaltigster Zusammensetzung, werden nach den vielfältigsten Grundsätzen gewählt (gleichmäßige Vertretung der Verbände, unabhängig von ihrer Mitgliederzahl, Vertretung nach dem Grundsatz der umgekehrten Progression usw.), haben keine bestimmten Budgets und sind auf zufällige Mittel angewiesen, die meistenteils aus Subsidien (das Moskauer Büro wurde von dem Sowjet der Arbeiterdelegierten subventio-

niert), aus Sammlungen und Spenden bestehen; Mitgliederbeiträge sind in den Verbänden fast unbekannt, und selbst dort, wo sie bestehen, sind sie überaus geringfügig und unregelmäßig.

Die Hauptaufgaben, welche diese zwischenverbändlichen Vereinigungen zu erfüllen gehabt hätten: die Ausarbeitung allgemeiner Instruktionen, die Erforschung der wirtschaftlichen Lage, um den Verbänden im wirtschaftlichen Kampf Beistand zu leisten, die Organisation neuer Verbände usw. wurden größtenteils von Parallelorganen, von den Arbeitsabteilungen der örtlichen Sowjets der Arbeiter- und Soldatendelegierten erfüllt, die gleichzeitig mit all diesen Funktionen die Führung der verschiedenen Streiks, die Vermittlerrolle bei Konflikten, die Schaffung von Schiedsgerichten usw. übernahmen.

Diese ganze Buntscheckigkeit der Organisationsformen und gegenseitigen Beziehungen konnte schlechterdings die Entwicklung zu gesunden, zweckmäßigen Organisationsformen, das Streben nach einer möglichst großen Standhaftigkeit und Wirkungskraft der Verbände selbst nicht fördern. Erst im Juni begannen verwandte Verbände untereinander Beziehungen anzuknüpfen: es wurden die ersten Bezirkskonferenzen einberufen. In Ermangelung an allrussischen wie an Bezirksvereinigungen übernahmen die Verbände Petrograds, Moskaus und andrer Industriezentren die Führerrolle. Durch die Herstellung systematischer Verbindungen vermittels Rundfragen, Materialaustausches, Korrespondenzen und in seltenen Fällen vermittels entsandter Vertreter übertrugen sie ihren ideellen Einfluß auch auf die Provinz.

Die Julirundschau der III. Konferenz der Gewerkschaftsverbände, die durch 967 Verbände und 51 Büros mit einer Gesamtmitgliederzahl von 1 475 429 Personen vertreten war, bot ein begeisterndes Bild der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung.

Allein diese begeisternde, ein riesiges Wachstum aufweisende Macht unsrer Gewerkschaftsbewegung zeugte gleichzeitig von ihrer Schwäche, d. h. von der Lockerheit und den organisatorischen Formfehlern, da die Verbände bei ihrem außergewöhnlichen Wachstum in die Breite nach drei Monaten ihres Daseins nicht imstande sein konnten, ihre Apparate und Organisationen auch nur einigermaßen zweckmäßig und den gestellten Aufgaben entsprechend auszubauen. In jener Periode berechnete man die Stärke

der Verbände nicht nach den Mitgliederbeiträgen, sondern nach der Anzahl der ausgegebenen Mitgliedsbücher.

Erst auf dem ersten Gewerkschaftskongreß kam die richtige Auffassung über die Mitgliederzahl, die Anerkennung nur der „zahlenden" als Mitglieder zur Geltung. Vor der III. Konferenz gab es eine Unmenge von für die Organisationen zu gewinnenden Kräfte, die jedoch selbst bei Berücksichtigung der dreimonatigen Schulung nicht zusammengefaßt werden konnten, und zwar wegen des angespannten politischen Kampfes, wegen der entbrannten Streikbewegung und der überhaupt noch gar nicht geschaffenen verbandlichen Gegenseitigkeitsbeziehungen. Der heiße Kampf zweier grundsätzlicher Richtungen der Arbeiterbewegung der besagten Periode — der herrschenden aus den Menschewiki und Sozialrevolutionären bestehenden Mehrheit einerseits und der bereits eine mächtige Opposition darstellenden Bolschewiki andrerseits, — verdrängte eine der brennendsten Fragen der wirtschaftlichen Bewegung in die zweite Linie und schob auf den ersten Platz grundsätzliche Fragen der Alltagspolitik vor. Die III. Konferenz war die erste Veranschaulichung des um jene Zeit beginnenden großen Abfalls des Proletariats von der Politik der Jasager und kleinbürgerlichen Sozialisten — in einer Zeit, wo in den Sowjets die unbedingte Mehrheit für die „Koalitions"-Sozialisten war, wo am Sowjetkongreß die Bolschewiki kaum durch ein Fünftel der Gesamtdelegiertenzahl vertreten waren; auf der III. Gewerkschaftskonferenz entstand eine unausstehliche Gleichheit der Kräfte der beiden sich bekämpfenden Richtungen. Die Beschlüsse der III. Konferenz und die Zusammenstellung des Provisorischen Allrussischen Zentralgewerkschaftsrats spiegelten augenfälilg die Unentschiedenheit der Konferenzmehrheit wider. Der Inhalt der Beschlüsse und die Abstraktheit der allgemeinen grundsätzlichen Entwürfe zeugten von der lückenhaften Schulung der Bewegung und von der Abgeschiedenheit von jener praktischen Arbeit und der Fremdheit mit den durch dieselbe aufgeworfenen Problemen.

Ohne mich bei dem Wesen der ideellen Meinungsverschiedenheiten unsrer Gewerkschaftsbewegung hinsichtlich der grundlegenden Fragen der Klassenpolitik aufzuhalten, muß doch festgestellt werden, daß man auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung dieser Konferenz zwei grundlegende praktische Verdienste zuerken-

nen muß: die Schaffung der ersten allgemein-gewerkschaftlichen Zentrale und die Geltendmachung des Prinzips der Verbändebildung nach Betrieben.

Das von der II. Konferenz im Jahre 1906 primitiv, verwickelt und in unklarer Form vorgezeichnete Konzentrationsprinzip der Gewerkschaftsbewegung (die Konferenz empfahl, bei Gründung von Verbänden dieselben nicht nach kleinen Berufszweigen zu zerstückeln) erhielt eine sachgemäßere und klarere Formulierung erst auf der III. Konferenz, welcher schon die Tatsache der bereits geschaffenen, mächtigen, ganze Dutzende und Hunderte von Berufen (Metallarbeiter, Textilarbeiter) vereinigenden Verbände vorlag —: „Die Arbeiter sind verpflichtet, sich gewerkschaftsmäßig nicht nach Zünften und Handwerken zu organisieren — so lautete der Beschluß dieser Konferenz — sondern nach Betrieben, so daß ein Verband alle Arbeitsunternehmungen zusammenfaßt, wenngleich dieselben auch verschiedenen Berufen und sogar Betrieben angehören." — Es fehlt zwar auch hier noch vieles zu einer zielbewußten und klaren Definition des nach dem Grundsatze der betriebsweisen Zusammenfassung aufzubauenden Verbandes, da ja auch weiterhin der Beschluß mit dem Begriff „Beruf" wie mit einem gewissen Etwas operiert, das scheinbar behilflich sein könnte, sich in der Festlegung der Verbandsrahmen zurechtzufinden; aber allein die Tatsache der Anerkennung des neuen Organisationsprinzips war ein großes Verdienst der Konferenz.

Erst nach dem Oktoberumsturz, als die Gewerkschaftsverbände ihre wesentlichsten Forderungen durch die Organe der proletarischen Regierungsmacht verwirklichen konnten und sich damit ebenso von der ununterbrochenen Streikflut als von den endlosen Konflikten mit den Kapitalisten befreiten, erst nachdem die Zentralbüros mehr einheitliche Bildungsformen angenommen und sich im Laufe der Lohnkämpfe aus Informationsstellen in führende Organe der Gewerkschaftsbewegung umgestaltet hatten, konnten die Gewerkschaftsverbände an die Umgestaltung ihrer Organisationen nach dem Prinzip der betriebs- und industrieweisen Zusammenfassung herantreten. Hierzu bedurfte es ebensosehr einer zielbewußteren Formulierung des Grundprinzips der Organisierung nach Betrieben, als auch der Schaffung genügend autorativer zwischenverbändlicher Vereinigungen, die objektiv und ohne par-

teiisch interessiert zu sein, in Fragen der Verbändeabgrenzung entscheiden konnten und gegen die zunft- und handwerksmäßigen Vorurteile verschiedener Betriebsarbeitergruppen den Kampf aufzunehmen hatten.

Erst nach dem I. Allrussischen Gewerkschaftsverbandskongreß, der eine genauere Definition des betriebsmäßigen Prinzips festsetzte und dadurch zum Ausgangspunkt einer ganzen Reihe allrussischer Gewerkschaftsverbandskongresse zur Schaffung allrussischer Verbände wurde, konnte die auf Vereinigung der Verbände gerichtete Arbeit in richtige Bahnen gelenkt werden. Allein eine erfolgreiche Arbeit auf dem Gebiete der Verschmelzung der kleinen Berufsverbände zu mächtigen betriebsweisen Vereinigungen, als deren Grundbedingung die Vereinigung aller gegen Entlohnung in einem gegebenen Unternehmen beschäftigten Arbeiter in einem Verband erscheint, und umgekehrt — das Bestehen nur eines einzigen Verbandes in jedem Unternehmen — verhinderte jener Antagonismus zwischen Arbeitern und Angestellten in Fabriken und Werkstätten einerseits und den Staatsbeamten und untergeordneten Angestellten andrerseits, der nur durch eine langwierige Massenerziehung und durch die Aufhebung jener wirtschaftlichen Abgrenzungen, die in Gestalt einer ganzen Reihe von Privilegien die Staatsbeamten und Angestellten der höheren Kategorien von der übrigen Proletarierfamilie trennen, beseitigt werden konnte.

Erst nach der Oktoberrevolution, mit der Abschaffung von Rängen, Orden und sonstigen Klassengrenzscheiden, die den Staatsangestellten eine besondere Familienstellung einräumten, und mit der Einführung einer republikanischen Ordnung in den Fabriken, erst nachdem in alle Staatsorgane und Wirtschaftszentren Arbeiter zogen, fielen die jenen Interessengegensatz fördernden Bedingungen. Die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiter und Angestellten ist in dem neuen Arbeiter- und Bauernstaate eine fast vollkommen gleiche und gibt dadurch die Grundlage eines gemeinsamen gewerkschaftlichen Zusammenschlusses aller Werktätigen ohne Unterschied des Berufes usw.

Die Sabotagepolitik der höheren Angestellten der Sowjetregierung hielt jedoch lange Zeit (ungefähr bis um die Mitte des Jahres

1918) den Vereinigungsprozeß auf, und erst nachdem die Sabotage gebrochen und die Feindseligkeit zwischen den beiden werktätigen Kategorien behoben war, erschien es möglich, die Umgestaltung der Verbände nach betriebsweiser Grundlage in größerem Maße zu verwirklichen.

Außer der Basis für die grundsätzliche Umgestaltung der Verbände durch ihren Aufbau nach Betrieben schuf die Oktoberrevolution noch viele andere Faktoren zur Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung, zu ihrer Konzentrierung und zur Schaffung Allrussischer Verbände. Die wichtigsten dieser Anregungen waren: die staatliche Normierung des Erwerbslohnes und der Arbeitsbedingungen, die Industrieregulierung und ihre Verwaltung. Diese durch die Gewerkschaften ebenso im Zentrum wie in den verschiedenen Ortschaften verwirklichten Funktionen drängten die vereinzelten schwachen Verbände zur Verschmelzung und zur Schaffung der Allrussischen Gewerkschaftszentren.

Andererseits förderte die Anerkennung der Gewerkschaftsräte seitens der Sowjetregierung als Repräsentationsorgane des wirtschaftlich organisierten Proletariats und die Heranziehung derselben zur Lösung der mit der Regulierung der Arbeitsbedingungen verknüpften Fragen (Schaffung von Arbeitslosenkassen, Verwirklichung der Sozialversicherung, Prüfung und Bestätigung der Tarife im ersten Stadium des staatlich normierten Erwerbslohnes usw.) die Erstarkung der gewerkschaftlichen Autorität und zwang die Verbände, ihr Augenmerk ebenso auf die Kräftigung ihres Verwaltungs- und Finanzapparates, wie auch auf die Korrektheit ihres Aufbaus zu richten.

Aber in Anbetracht des außergewöhnlich angespannten Klassenkampfes, der die Form eines unausgesetzten Bürgerkrieges gegen die von den westeuropäischen Imperialisten unterstützten Gutsherren und Kapitalisten annahm, an dem die Gewerkschaften sich am aktivsten beteiligten, verlor die gesamtrussische Zentrale, deren Aufmerksamkeit sich hauptsächlich auf die Allrussischen Verbände konzentrierte, den Einfluß auf die Entwicklung der Gewerkschaftsräte und beschränkte sich auf vergleichsweise nur seltene Belehrungen vermittels Rundfahrten. Daher kommt es, daß in der Organisationsfrage die Beschlüsse der III. Konferenz wie auch des I. Allrussischen Gewerkschaftskongresses die Gewerk-

schaftsräte fast mit Stillschweigen übergehen; erst der II. Allrussische Kongreß (Januar 1919) gab eine Definierung der Aufgaben und Organisationsprinzipien der Räte. Es ist allerdings richtig, daß der Beschluß des I. Kongresses den lokalen Gewerkschaftsräten zur Aufgabe machte, „alles mögliche zu tun, um die abgegrenzten Berufsorganisationen in einem betriebsmäßigen Verband zu konzentrieren", und daß er hiermit ebenso die Rechte, als auch die Funktionen der Räte bedeutend erweiterte, indem er ihnen die Rolle der örtlich führenden Organe der Gewerkschaftsbewegung zuwies; aber die Schaffung der Räte selbst blieb bis zum II. Kongreß eine offene Frage.

Bei Gegenüberstellung der Daten der III. Konferenz und des I. und II. Kongresses ersehen wir, welche Stellung die Gewerkschaftsräte in der gewerkschaftlichen Bewegung einnahmen:

Auf der III. Konferenz waren 51 Zentralbüros vertreten (späterhin Gewerkschaftsräte genannt).

Am I. Gewerkschaftskongreß 48 Gewerkschaftsräte, am II. Gewerkschaftskongreß 32 Gewerkschaftsräte.

Die Zahlverminderung des I. Kongresses im Vergleich zur III. Konferenz erklärt sich durch die Verschmelzung verschiedener Verbände, was durch die Ziffern bestätigt wird, die die Zahl der durch die Büros und die Räte vereinigten Mitglieder feststellen:

III. Konferenz	51 Büros		1 120 819 Mitgl.
I. Kongreß	48 Gewerkschaftsräte		1 878 000 „
	min. 3	plus	757 181 Mitgl.

Die Frage nach Schaffung einer gesamtgewerkschaftlichen Vereinigung konnte ihren endgültigen Ausdruck erst auf dem II. Gewerkschaftskongreß finden, der in der Organisationsfrage in zielbewußten Strichen die allgemeinen Umrisse der Gewerkschaftszentralisation sowohl in vertikalem als horizontalem Profil aufzeichnete, die Rolle und Funktionen der Gouvernementsgewerkschaftsräte bestimmte und ihnen die Kreisräte (Büros) mit den Rechten von Filialabteilungen mit beschränkter Autonomie unterordnete.

Als Ergebnis der systematischen Durchführung des Grundsatzes der betriebsmäßigen Verbändebildung sowohl in der Zentrale durch Verschmelzung der allrussischen Zentren und Einbe-

rufung vereinigender Konferenzen paralleler und verwandter Verbände, als auch in den Einzelortschaften durch Vereinigung der Allrussischen Verbändeabteilungen mit den lokalen, dank der energischen Mitwirkung der örtlichen Sowjets entstandenen Organisationen, die sich als vollkommen disziplinierte Abteilungen des Allrussischen Zentralgewerkschaftsrats in den Provinzortschaften erwiesen und nach seinem Plan und seinen Instruktionen arbeiteten — zeigt die Allrussische Gewerkschaftsbewegung seit dem I. Kongreß bis auf den jetzigen Augenblick folgende Entwicklung:

Verzeichnis der Petrograder Gewerkschaftsverbände.

(Die mit Sternchen bezeichneten Verbände haben ihre allrussischen Vereinigungen und erscheinen bloß als Abteilungen derselben.)

Bis zur Fusion (Ende 1917, Anfang 1918).

1. Metallarbeiter-Verband.
2. Maschinenheizer-Verband.
3. Metallgießer-Verband.
4. Schweißer-Verband.
5. Modellierer-Verband.
6. Gold- und Silberarbeiter-Verband.
7. Uhrmacher-Verband.
8. Elektriker-Verband.
9. Maschinisten-Verband.
10. Bracker-Verband.
11. Textilarbeiter-Verband.
12. Chemiker-Verband.
13. Parfumeur-Verband.
14. Gerber-Verband.
15. Verband der Arbeiter des Buchdruckerfaches.
16. Architektur-baugewerkschaftlicher Arbeiterverband.
17. Marmor- und Zementarbeiter-Verband.
18. Wasserleitungs- und Zentralheizungsarbeiter-Verband.
19. Bauleiter-Verband.
20. Bildhauer-Verband.
21. Holzbearbeitungsarbeiter-Verband.
22. Stadtangestellten- und -arbeiter-Verband.
23. Apothekenangestellten- (früher Pharmazeuten-) Verband.

24. Mehlproduktenarbeiter-Verband.
25. Fleischgewerbearbeiter-Verband.
26. Schokolade- und Bonbonfabrikenarbeiter-Verband.
27. Quassbrauer-Verband.
28. Verband der Fuhrleute leichter und schwerer Fuhrwerke.
29. Roller- und Stapler-Verband.
30. Lastträger-Verband.
31. Kraftwagenlenker- und Automobiltechniker-Verband.
32. Wagenbauer-Verband.
33. Verband der jugendlichen Krankenhausangestellten.
34. Feldscher-, Feldscherinnen- und Hebammen-Verband.
35. Verband des mittleren Aerztepersonals.
36. Zahntechnikerverband.
37. Hausmeisterverband.
38. Portier- und Schweizerverband.
39. Hausdienerverband.
40. Handels- und Industrieangestelltenverband.
41. Verband der Arbeiter und Angestellten der Drogenhandlungen, Parfümerien, Laboratorien, Seifensiedereien und ähnlicher Unternehmen.
42. Verband der Angestellten der Fabriksgewerbeunternehmen.
43. Verband der Waldsägeunternehmen.
44. Verband der Transport-, Versicherungs- und Expeditionsbüroangestellten.
45. Handelsangestelltenverband.
46. Näharbeiterverband.
47. Verband der Dampfschiff- und sonstiger Schiffskommandos.
48. Verband der Transportgewerbeangestellten.
49. Köcheverband.
50. Verband des Papierarbeitergewerbes.
51. Kartonnagearbeiterverband.
52. Tabakarbeiterverband.
53. Verband der Arbeiter des Glas-, Porzellan- und Fayence-Gewerbes.
54. Arbeiterverband der Eisenbahnwerkstätten und -depots.
55. Petrograder Exekutivkomitee des Post- und Telegraphenangestelltenverbandes.
56. Badearbeiterverband.

57. Wäscherinnenverband.
58. Haarschneiderverband.
59. Photographenverband.
60. Verband der Friedhof- und Kirchendiener.
61. Gärtnerverband.
62. Arbeiterverband des Theatergewerbes.
63. Arbeiterverband der Kreditanstalten.
64. Verband der Sparkassenangestellten.
65. Angestelltenverband des Fiskus.
66. Lehrerverband.

Nach der Fusion (August 1919).

*1. Metallarbeiterverband mit den Sektionen: Abteilung des Allrussischen Verbandes der metallarbeitenden Arbeiter.
2. Textilarbeiterverband mit den Angestelltensektionen (Abteilung des Allrussischen Verbandes).
*3. Chemikerverband mit den Sektionen: a) der Gummiarbeiter, b) der Parfümeure, c) der Zündholzarbeiter.
*4. Gerberverband.
*5. Verband der Arbeiter des Buchdruckerfachs.
*6. Baugewerbearbeiterverband mit den Sektionen: a) Bauleiter, b) Wasserleitungsarbeiter, c) Bildhauer, d) Holzbearbeitungsarbeiter.
*7. Holzbearbeitungsarbeiterverband.
*8. Munizipalangestellten- und Arbeiterverband.
*10. Lebensmittelarbeiterverband mit den Sektionen: a) Bäcker, b) Bonbonarbeiter, c) Fleischer, d) Quassbrauer, e) Müller, f) Makaroniarbeiter, g) sonstige Angestellten.
*11. Transportarbeiterverband mit den Sektionen: a) Lastträger, b) Kutscher, c) Kraftwagenlenker, d) Wagen-

---

*) Diesem Verzeichnis wurde die mit den letzten Daten vervollkommnete Tabelle von W. Schmidt zugrundegelegt. Die Verbändezahl jener Periode war zweifellos bedeutender, da ja in die Tabelle eine ganze Reihe kleiner Angestellten- und Arbeiterverbände aus freien Berufen nicht mit einbezogen wurde. Außerdem verdrängten die neugeschaffenen Verbände eine ganze Reihe von im Jahre 1918 entstandenen Verbänden.

bauer, e) Roller und Stapler. (Der Verband hat Bezirksvereinigungen. Die Schaffung des Allrussischen Verbandes wird auf dem Kongreß im Oktober 1919 erfolgen.)

*12. Verband der Arbeiter der Heil- und Sanitätsanstalten mit den entsprechenden Sektionen.

*13. Hausangestelltenverband mit den entsprechenden Sektionen: a) Hausknechte, b) Schweizer, c) Hausdiener.

*14. Verband der Handels- und Industrieangestellten und der Angestellten der Sowjet- und öffentlichen Behörden mit den entsprechenden Sektionen.

Der Verband ist in die entsprechenden Verbände aufgeteilt worden. Die Angestellten der Drogenhandlungen gingen an den Handels- und Industrieangestelltenverband über, der Rest zu den Chemikern.

Die übrigen Mitglieder sind teilweise den Handels- und Industrieangestellten beigetreten, teilweise den Holzbearbeitungsarbeitern.

*15. Näharbeiterverband.

*16. Verband der See- und Flußtransportarbeiter.

*17. Arbeiterverband der gesamten öffentlichen Ernährung.

18. Ohne Veränderung. Gingen in den Buchdruckerverband über.

*19. Ohne Veränderung.

*20. Ebenso.

*21. Abteilung des Allrussischen Eisenbahnerverbandes (Vereinigte 9 Eisenbahnerverbände).

*22. Arbeiterverband des Nationalverkehrs.

*23. Ebenso.

Sind dem Buchdruckerverband beigetreten.

Sind dem Hausdienerverband beigetreten.

*24. Feldarbeiterverband.

*25. Verband der Kunstarbeiter (vereinigt die Orchester-, Chor-, Schauspieler-, Bühnen-, Arenaarbeiter, den Arbeiterverband der darstellenden Künste usw.).

*26. Abteilung des Allrussischen Verbandes der Bauangestellten (vereinigt 5 Verbände).

*27. Verband der Bildungs- und Korrekturarbeiter.

*28. Waldführerverband (neugegründet; ihm traten die Förster, Schätzmeister, Waldhüter usw. bei).
29. Fischerverband (neugegründet).
*30. Verband der finanzsteueramtlichen Arbeiter, gebildet aus den Akzise-, Zoll- und Steuerinspektoren, Gehilfen der Steuerinspektoren, Kontrollverbänden usw.
31. Cementarbeiterverband (am Vorabend einer Fusion mit den Bauarbeitern).
*32. Drechslerverband (gegründet im Jahre 1918).

Diese vom Petrograder Gewerkschaftsrat verfaßte Tabelle, die die Umgestaltung der Verbände nach dem Prinzip betriebsmäßiger Vereinigung aufzeigt ist eine mustergiltige und getreue Erläuterung der Gesamtarbeit auf dem Gebiet der Vereinigung der kleinen, nach Berufs-, Zunft- und zeitweise sogar nach Kastenmerkmalen geschaffenen Verbände in Organisationen, die nach dem Grundsatz der betriebsweisen Vereinigung gebildet sind. Diese Arbeit erforderte eine außergewöhnliche Energie und Unnachgiebigkeit im Niederringen der zünftischen Vorurteile dieser Gruppen und der Feindseligkeit, die zwischen Arbeitern und Angestellten bestand. Eine ähnliche Arbeit wurde von allen Gouvernementsgewerkschaftsräten geleistet. Einen Unterschied gibt es nur im Maßstabe der Arbeit, d. h. in der Verbändeanzahl und in ihrem Umfang, wobei die Arbeit des Moskauer Gewerkschaftsrates sich sogar noch verwickelter gestaltete als diejenige des Petrograder, da ja allein an Angestelltenverbänden in Moskau (Handelszentrum) gegen 20 existierten, und die Gesamtzahl der Verbände 119 erreichte. Jedoch nur durch die zentrale Zusammenfassung und Koordinierung und nur unter der Bedingung einer gleichzeitigen analogen Arbeit auf dem Gebiete der Schaffung der Allrussischen Verbände und ihrer Fusion mit den ihnen verwandten Organisationen kann diese Arbeit mit Erfolg verwirklicht werden. Diese Arbeit wird durch folgende vergleichende Tabelle der Allrussischen Vereinigungen illustriert:

Allrussische Vereinigungen, die um die Zeit des ersten Gewerkschaftskongresses (Januar 1918) bestanden.

Adresse: Moskau, Haus der Sowjets.

Name der Vereinigung.

1. Allrussischer Metallarbeiterverband.
2. Allrussisches Komitee der Artilleriewerkarbeiter.
3. Allrussisches Komitee der Fabrik- und Hafenarbeiter des Seeverwaltungsgebiets.
4. Allrussischer Textilarbeiterverband.
5. „ Verband „Nadel“ („Igla“).
6. „ Gerberverband.
7. „ See- und Flußfahrerverband.
8. „ Glas- und Porzellanarbeiterverband.
9. „ Papierarbeiterverband.
10. „ Chemikerverband.
11. „ Post- und Telegraphenverband („Potel“).
12. „ Verband der in der Zuckerindustrie Tätigen.
13. „ Verband des Buchdruckergewerbes.
14. „ Zentralverband der Apothekenangestellten.
15. „ Verband der Staatsbankangestellten.
16. „ Zentralverband der Kreditanstaltangestellten.
17. Organisationskomitee zur Vereinigung der Gewerkschaftsverbände der Büro- und Industrieangestellten.
18. Allrussischer Verband der Börsengenossenschaften.
19. „ Verband der Handels- und Gewerbeangestellten.
20. Allrussischer Feldschererverband.
21. „ Verband der Barmherzigen Schwestern.
22. „ Verband der Lebensmittelarbeiter.
23. „ Verband der Feuerwehr.
24. „ Verband der Naphthaindustrieangestellten mit den einschlägigen und stammverwandten Transportunternehmen.
25. Allrussischer Technikerverband aller Spezialitäten.
26. „ Verband der Wegebauingenieure und Techniker.

(25, 26 aufgeteilt in die Verbände der entspr. Betriebe.)

27. Eisenbahnmeister- und Arbeitersektion.
28. Allrussischer Eisenbahnerverband.

Allrussische Verbände, die dem Allrussischen Zentralgewerkschaftsrate unterstehen (August 1919):

Name des Verbandes.

1. Allrussischer Metallurgistenverband.
   Sind den Metallarbeitern beigetreten.
2. Allrussischer Textilarbeiterverband.
3. „ Verband „Nadel".
4. „ Gerberverband.
5. „ Wassertransportverband.
6. „ Glas- und Porzellanarbeiterverband.
7. „ Papierarbeiterverband.
8. „ Chemikerverband.
9. „ Nationalverkehrsverband „Potel".
10. Ebenso.
11. Allrussischer Arbeiterverband des Polygraphischen Betriebs.
12. Allrussischer Verband der Apothekenarbeiter und -angestellten.
13. Allrussischer Zentralverband der Arbeiter im Kreditgewerbe.
14. Allrussischer Verband der Sowjet- und der Handels- und Gewerbeangestellten.
15. Allrussischer Verband der Arbeiter der Heil- und Sanitätsanstalten.
16. Ebenso.
17. Ebenso.
   Aufgestellt zwischen dem Chemiker-, dem Wassertransportarbeiterverband und anderen Verbänden.

---

*) Diese Vereinigung einer ganzen Reihe von Eisenbahnerverbänden, die mehr den Charakter politischer Organisationen mit administrativen Funktionen trugen, nahm dann die Form förderativer Gewerkschaftsvereinigungen an. Sie trat der gesamtberuflichen Vereinigung erst um Mitte 1918 bei. Im Februar 1919 wurde sie auf dem Eisenbahnerverbandskongreß in die Allrussische Eisenbahnerverbandsgewerkschaft nach dem allgemeinen Typus umgestaltet.

18. Allrussischer Verband der Eisenbahner.
19. „ Bauarbeiterverband.
20. „ Cementarbeiterverband.
21. „ Verband der holzbearbeitenden Arbeiter.

} stehen vor der Vereinigung

22. „ Verband der Arbeiter der Volksernährung.
23. „ Verband der Arbeiter des steueramtlichen und Finanzfaches (nähert sich der Vereinigung mit dem Verband der Bankangestellten).
24. Allrussischer Tabakarbeiterverband.
25. „ Kunstarbeiterverband.
26. „ Bodenarbeiterverband.
27. „ Verband der Haarschneidearbeiter.
28. „ Hausdienerverband.
29. „ Verband der Munizipalangestellten (ist in der Aufteilung begriffen).
30. Allrussischer Verband der Waldführer (ist im Begriff, sich mit dem Grundarbeiterverband zu vereinigen).
31. Allrussischer Arbeiterverband sozialistischer Kultur und Bildung.

Kreisverbände.

32. Kreisverband der Bergarbeiter (am Vorabend einer Verbindung mit dem Allrussischen Metallarbeiterverband).
33. Organisationsbüro für Einberufung des Allrussischen Transportarbeiterkongresses (der Kongreß ist auf Oktober 1919 festgesetzt).

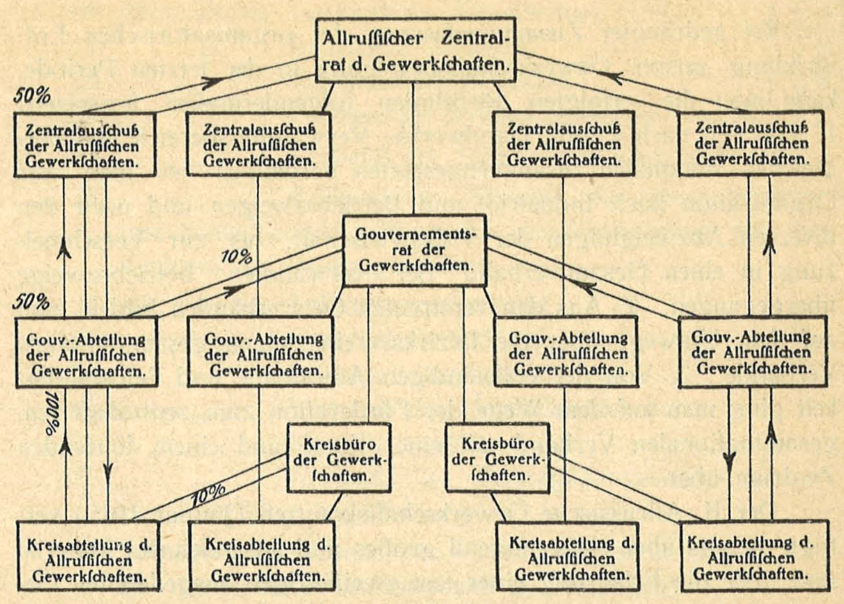
Bei einem flüchtigen Blick auf diese Tabellen bemerkt man, daß die bestehenden 28 Vereinigungen von den 18 heute bestehenden Allrussischen Gewerkschaftsverbänden mit Haut und Haaren absorbiert werden; dabei beläuft sich die Gesamtziffer der Allrussischen Gewerkschaftsverbände auf 33, die aber ungeachtet der nach der Richtung der Schaffung Allrussischer Verbändevereinigungen sich entwickelnden Bewegung einer weiteren Einschränkung im Hinblick auf die Bildung gesamtrussischer Gewerkschaftszentren unterliegen.

Bei gedrängter Zusammenfassung der organisatorischen Entwicklung unsrer Gewerkschaftsbewegung in der letzten Periode, kann man die verfolgten Richtlinien folgendermaßen festsetzen: 1. Von den nach Zunft-, Handwerks-, Verwaltungsbereich und dergleichen Merkmalen zusammengesetzten Verbänden ist man zur Organisation nach Industrie- und Betriebszweigen und nach den diversen Abzweigungen der Volkswirtschaft, bis zur Verschmelzung in einen Gesamtverband der verwandten Betriebszweige übergegangen. 2. Aus den verstreuten Ortsverbänden bildete man auf dem Umwege über die Bezirksvereinigungen gesamtnationale Verbände. 3. Von der vollständigen Autonomie und Selbständigkeit ging man auf dem Wege der Förderation zum zentralisierten, gesamtnationalen Verband mit einer Kasse und einem führenden Zentrum über.

Der II. Allrussische Gewerkschaftskongreß (Januar 1919) verfügte bereits über ein genügend großes und ausgedehntes Material und über die Erfahrung einer fast zweijährigen ausgedehnten Gewerkschaftsbewegung, wobei von diesen zwei Jahren fast einein-halb Jahr in der Periode der proletarischen Diktatur liegen, die ihm (dem Kongreß) neue Aufgaben stellte und der Bewegung selbst neue Formen und eine neue Richtung gab — und darum kommt diesem Kongreß in unsrer Bewegung eine besonders hervorragende Bedeutung zu, sowohl in Bezug auf die vorzügliche Haltung der Arbeiter als auch hinsichtlich der zweckmäßigen, von großem Verantwortungsgefühl zeugenden Formulierung aller praktischen Fragen, die vor unserer Gewerkschaftsbewegung stehen.

Der II. Kongreß umging keine einzige der strittigen Fragen, die die Praktiker der Bewegung in Aufruhr versetzten, und erkannte mit vollkommenem Zielbewußtsein als unumgängliche Bedingung einer weiteren Entwicklung und Vertiefung der Gewerkschaftsbewegung die Einheitlichkeit der Wirkungsweise, eine strengere Disziplin und die Zentralisierung der Verbandsorganisation an.

Schon in diesem Augenblick, ein halbes Jahr nach dem II. Gewerkschaftskongreß verwirklicht sich in seinen Hauptteilen und in der Mehrheit der Ortschaften das durch ihn angenommene Programm des organisatorischen Zusammenschlusses, ungeachtet der schweren Daseinsbedingungen, die die Gewerkschaften gemeinsam mit dem gesamten Sowjetrußland zu überstehen haben.



Schema der russischen Gewerkschaftsbewegung der Gegenwart.

Auf diese Weise erreicht die russische Gewerkschaftsbewegung die Grundbedingung zur Einheitlichkeit der Betätigung und der Kräfteökonomie: die Einheitlichkeit der Gliederung aller Gewerkschaftsorganisationen bei Gleichheit der Aufgaben und Funktionen analoger Verbandsorgane.

Parallel mit der Vertiefung der Gewerkschaftsbewegung gewinnt sie an Ausdehnung. Ungeachtet der schweren Schicksalsheimsuchungen, die die russischen Proletarier getroffen haben, und die sie in heldenmütigem Kampf nicht nur gegen ihre eigenen gestürzten Blutsauger, sondern auch gegen den imperialistischen Allerweltsblock, der von den Kompromißelementen des westeuropäischen Sozialismus in der Person Jouhaux', Hendersons, Gomperz', Legiens und Konsorten unterstützt wird, zu überwinden trachten; ungeachtet der schweren wirtschaftlichen Lage, die durch die ununterbrochenen von der Entente inszenierten Kriegsinvasionen und durch die ihrerseits verhängte Blockade hervorgerufen wird, wächst die Anzahl der in Gewerkschaftsverbänden organisierten Werktätigen unentwegt fort.

Bei einem Vergleich der Anzahl der organisierten Mitglieder der III. Konferenz (Juli 1917), des I. Allrussischen Kongresses (Januar 1918) und des II. Allrussischen Kongresses (Januar 1919) ergibt sich folgendes Bild.

III. Konferenz . . . 1 475 429 Mitglieder*).
I. Kongreß . . . . 2 638 812 Mitglieder.
II. Kongreß . . . . 3 422 000 Mitglieder**).

Trotz der Territorienverminderung und der bedeutenden Betriebseinstellungen aus Mangel an Rohstoffen und Brennmaterialien zeigen die Ziffern ein beständiges enormes Anwachsen der Mitgliederanzahl.

Wenn diese Ziffern auch nicht als unbedingt zutreffend***) angeführt werden können, so spiegeln sie nichtsdestoweniger die Entfaltung der Bewegung wider, wie sie auch wahrheitsgetreu bezüglich des Verhältnisses des einen Kongresses zum andern unbedingt wahrheitsgetreu sind. Unterwerfen wir sie einer rückbezüglichen Ueberprüfung an den Zahlenangaben aus 27 Gouvernements, wobei die vorliegenden Daten verhältnismäßig unvollständig sind, so gelangen wir zu demselben Gegenseitigkeitsverhältnis. Im jetzigen Augenblick jedoch, wo die Lakaien der Entente aus dem Lager der Führer der westeuropäischen Gewerkschaftsbewegung behaupten, daß die Gewerkschaftsbewegung unter der Sowjetherrschaft schwächer geworden wäre und dahinsieche, ist es wichtig, wenigstens in groben Umrissen den Zustand unsrer Gewerkschaftsbewegung während des letzten Halbjahres im Vergleich zu dem vorherigen Halbjahr klarzulegen. Wir führen weiter unten eine Tabelle der Verbändeanzahl und der in denselben organisierten Mtiglieder in 27 Gouvernements an (nach den Daten der Organisationsstatistischen Abteilung des Allrussischen Zentralgewerkschaftsrats) als schlagendsten Beweis für die Schändlichkeit solcher Behauptungen, die nur ein einziges Ziel verfolgen: in den Augen der westeuropäischen Arbeiter die Sowjetregierung zu diskreditieren und dadurch Clemenceau, Lloyd George und Konsorten das Werk der Erstickung der Arbeiterrepublik zu erleichtern.

---

*) Ukraine, Sibirien, Kaukasus und das Uralgebiet mit einbegriffen.

**) Ohne Ukraine, Sibirien, Kaukasus und das Uralgebiet.

***) Die Ziffern sind den Daten der Mandatskommission der III. Konferenz und des I. und II. Kongresses entnommen. (Siehe „Protokolle der III. Konferenz“, „Stenographische Rechenschaftsberichte des II. Kongresses“, herausgegeben vom Allrussischen Zentralgewerkschaftsrat.)

Nicht mit einbegriffen ist in diese Tabelle (Nr. IV) eine bedeutende Zahl kleiner Verbände, die den örtlichen Gewerkschaftsräten nicht beigetreten sind und keine eigenen Allrussischen Vereinigungen besitzen. Außerdem sind in derselben zwei der größten Transportverbände nicht berücksichtigt; der Wassertransportarbeiterverband und der Eisenbahnerverband, die eine *lineale oder bandförmige Struktur* aufweisen und daher in der von den Ortsgewerkschaften durchgeführten Untersuchung nicht miteinbegriffen sind.

Tabelle der Gewerkschaften von 1917 bis 1919.

Gouvernements	I. Halbjahr 1917		II. Halbjahr 1917		I. Halbjahr 1918		II. Halbjahr 1918		I. Halbjahr 1919	
	Verbände	Mitgliederzahl	Verbände	Mitgliederzahl	Verbände	Mitgliederzahl	Verbände	Mitgliederzahl	Verbände	Mitgliederzahl
1. Petrograd	hier fehlen die Daten		47	500 000	49	447 772	25	403 347	33	340 118
2. Moskau	38	177 585	56	410 823	55	375 439	54	449 895	29	*) 607 083
3. Iwanowo-Wosnessensk	1	207	10	37 110	23	88 413	43	155 445	51	157 882
4. Tula	3	650	5	2 875	9	4 846	24	26 428	41	39 061
5. Worenesh	3	3 151	9	8 674	19	15 348	35	27 166	67	35 907
6. Kaluga	—	—	—	—	11	3 870	14	13 932	33	23 693
7. Charkow	3	5 150	6	27 148	14	52 713	15	49 359	28	54 593
8. Kursk	1	323	7	2 416	29	14 800	35	18 073	45	21 097
9. Wladimir	4	5 066	14	22 610	42	121 914	53	136 819	59	143 209
10. Tambow	26	18 825	28	21 386	52	31 796	74	36 450	195	81 301
11. Saratow	24	52 749	36	62 856	50	69 794	67	89 878	136	26 669
12. Orel	18	18 514	23	20 933	32	21 315	48	31 684	76	57 594
13. Smolensk	15	7 189	21	7 873	39	10 759	56	19 080	67	24 527
14. Twerl	11	21 002	20	36 448	43	39 337	71	60 563	84	75 982
15. Simbirks	20	5 844	28	10 227	44	16 108	63	16 845	66	19 862
16. Rjasan	8	1 050	15	18 264	25	20 643	27	21 207	50	32 293
17. Jaroslaw	31	37 222	36	42 312	50	69 525	65	79 360	68	78 210
18. Kiew	27	61 738	28	63 012	30	65 277	30	64 229	41	81 816
19. Kostroma	16	16 488	18	20 202	26	27 012	29	28 645	32	26 319
20. Nishni-nowgorod	26	54 999	30	65 108	33	74 555	38	82 794	40	99 294
21. Ssamara	7	34 147	8	34 173	9	29 810	10	34 012	39	43 519
22. Nowgorod	7	1 649	9	5 330	9	5 429	11	5 850	15	7 448
23. Wjatka	11	13 308	15	13 635	21	18 303	23	19 346	35	28 775
24. Wologda	3	527	4	697	6	- 787	8	1 186	17	2 859
25. Minsk	2	1 944	2	1 944	2	1 944	4	3 138	8	5 866
26. Kasan	9	25 903	10	27 792	11	30 642	12	43 308	13	41 742
27. Perm	8	52 258	8	52 922	9	56 038	10	57 014	14	61 894
	322	617 488	493	1 516 770	742	1 714 189	944	1 975 053	1 382	2 318 623

*) Hier sind die Eisenbahner- und Wassertransportarbeiter im Gouvernementsmaßstabe beigezählt, hingegen fehlt eine ganze Reihe von Kreisen

Zählt man zu der Gesamtziffer — 2 318 623 — 450 000 Eisenbahner des Allrussischen Verbandes Großrußlands hinzu, sowie 180 000 Mitglieder des Allrussischen Wassertransportarbeiterverbandes Großrußlands und eines Teils der Ukraine, beide ohne das Uralgebiet, so erhalten wir die Ziffer 2 948 623, die bei weitem nicht alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten des gesamten Sowjetrußlands darstellt.

Die vorliegenden Daten sind überaus unvollständig, da

1. in der angeführten Tabelle die Zahlen aus bloß 27 Gouvernements gesammelt sind;
2. aus einem bedeutenden Teil von Kreisen keine Berichte vorliegen;
3. über eine bedeutende Zahl kleiner, lokaler Verbände keine Berichte vorliegen.

Es ist nur allzu begreiflich, daß in Anbetracht des Bürgerkrieges, wo eine Reihe von Ortschaften und ganze Gebiete von Hand zu Hand übergehen, ein vollständiges und bedingungslos wesensgetreues Bild der Bewegung absolut nicht gegeben werden kann. Es ist überaus wahrscheinlich, daß parallel mit der Unvollständigkeit des Gesamtbildes und seiner starken Lückenhaftigkeit auch Uebertreibungen vorkommen, die auf eine ungenaue Registration zurückzuführen sind; nur bezieht sich dies in gleichem Maße auf die Ziffern der Jahre 1917, 1918 und 1919. Eine Zahl im Verhältnis zu den andern genommen, geben sie eine richtige Vorstellung nicht allein über die Bewegung, sondern auch über ihre Richtung.

Was die Anzahl der in Allrussischen Verbänden organisierten Werktätigen betrifft, so haben wir diesbezüglich vollständigere Daten nach folgender Tabelle:

Benennung der Gewerkschaften.	Mitgliederzahl.	Gebiete.
1. Apothekenangestellte . . .	18 000	Großrußland, Gouvernements Tschernigow und Kiew.
2. Wassertransportarbeiter . .	180 000	Großrußland, Ukraine.

---

und Verbänden, da hier von den Gouvernementsabteilungen eine Durchschnittsziffer angegeben wurde.

Benennung der Gewerkschaften.	Mitgliederzahl.	Gebiete.
3. Eisenbahner	450 000	Großrußland.
4. Gerber	125 000	
5. Angestellte der Kreditanstalten	70 000	Großrußland, Ukraine.
6. Metallarbeiter	380 000	Großrußland.
7. Buchdrucker	60 000	Großrußland, Ukraine.
8. Papierindustriearbeiter . .	18 000	Großrußland.
9. Nahrungsmittelarbeiter . .	60 000	Großrußland.
10. Medizinisches Personal . .	150 000	Großrußland, Ukraine.
11. Nähindustriearbeiter . . .	63 948	Großrußland.
12. Nationalverkehr	140 000	Großrußland, Ukraine.
13. Zuckerindustriearbeiter . .	15 000	Großrußland.
Zuckerindustriearbeiter . .	45 000	Ukraine.
14. Glas- und Porzellanarbeiter	24 000	
15. Bauarbeiter	74 988	Großrußland, Ukraine.
16. Textilarbeiter	400 000	Großrußland, Klinzy.
17. Angestellte der Sowjet-Einrichtung	277 937	Großrußland, Ukraine.
18. Chemiker	110 000	Großrußland, Kiew.
19. Zementarbeiter	18 000	Großrußland.
20. Bergarbeiter	13 000	
21. Holzbearbeitende Arbeiter .	50 000	Großrußland, Ukraine.
22. Volksernährung	39 422	"
23. Finanzanstalten	25 672	"
24. Feuerwehr	18 000	"
25. Tabakarbeiter	24 000	Großrußland.
26. Kunstarbeiter	50 000	"
27. Landarbeiter	100 000	"
28. Haarschneider	6 011	Großrußland, Jekaterinoslaw und Kiew.
29. Hausdiener	82 297	Großrußland, Ukraine.
30. Lehrpersonal und Arbeiter auf dem Gebiete der sozialen Kultur	60 000	
	3 130 275	

Diese Tabelle ist aufgestellt nach den Daten des Exekutivkomitees der Allrussischen Gewerkschaftsverbände und nach den

Berichten der Mandatkommission der Allrussischen Kongresse der diversen Verbände.

Beim Vergleich der Tabellen sehen wir, daß die Gesamtzahl der letzten Tabelle die Gesamtzahl der Tabelle der 27 Gouvernements um 763 491 übertrifft. Das läßt sich zum Teil dadurch erklären, daß die in der zweiten Tabelle angeführten Daten neuer sind und ein größeres Territorium umfassen, daß hier neue Verbände angeführt sind, die in der zweiten Hälfte des Jahres 1919 entstanden sind. Jedenfalls sind diese Ziffern nicht ihrer absoluten Größe nach wichtig, sondern nur relativ, inwiefern sie die allgemeine Richtung der Bewegung, den Entwicklungsgang der Gewerkschaftsorganisationen widerspiegeln.

Bei Ueberblick der Tabelle nach Gouvernements sehen wir, daß das Anwachsen der Verbände- und Mitgliederzahl hauptsächlich auf die Provinz fällt. Umgekehrt bleibt die Entwicklung der Bewegung in den Hauptstädten zurück und zeigt sogar eine Abnahme an Mitgliedern (Petrograd). Die Zunahme in Moskau erklärt sich durch die Entwicklung der Organisationstätigkeit im Gouvernement und durch die Hinzuziehung neuer Elemente in den Bereich der Gewerkschaftsbewegung.

Was für Moskau gilt, gilt bedingungslos für das gesamte Rußland. Die Zunahme der Mitgliederzahl und das Anwachsen der Verbändeanzahl, ungeachtet der allgemeinen volkswirtschaftlichen Krise (Ergebnis des Krieges und der Blockade), die geradezu vernichtende Folgen für die Hauptzweige der Industrie (Textil-, Metall-, chemische Industrie usw.) hat, und trotz der Vernichtung des mächtigen Petrograder Industriezentrums, zeugen von der Lebensfähigkeit unserer Bewegung, von ihrer Dauerhaftigkeit und von der energischen Tätigkeit der Verbände.

Der allgemeine wirtschaftliche Industrieniedergang, die Uebersiedelung der Arbeiter in die Brot und Rohstoffe erzeugenden Provinzgebiete, und, ihr auf dem Fuße folgend, die Uebersiedelung des Proletariats aus den industriereichen hungernden Zentren in die brotreichen Gouvernements, äußerte sich in unserer Bewegung in Form verhältnismäßigen (und manchmal absoluten) Sinkens der Mitgliederzahl in den großen Industriezentren und Verstärkung der Bewegung in der Provinz. Die Aufsaugung der früheren Arbeiterzahl, der am härtesten mitgenommenen Industrie-

zweige in die Armee, durch das Land und in den Staatsdienst wird durch die Einbeziehung neuer, bis dahin unorganisierter Proletarierschichten in die Organisationen wett gemacht. Die ursprünglich in den Großstädten konzentriert gewesene Gewerkschaftsbewegung verpflanzt sich nach Maßgabe ihrer Entwicklung bis in die am meisten rückständig gebliebenen Winkel, systematisch von den Gouvernementsstädten auf die entlegendsten Kreise übergreifend.

Das Industrieproletariat hat die historischen Lehren, die sich aus unserer leidens- und heldenmutvollen Revolution ergaben, vorzüglich verwertet. Es lernte die Bedeutung seiner Organisationen begreifen und schätzen, und mag es nun in die verstockte Provinz als Lebensmittelabordnung geraten, mit der Flinte des Rotarmeekämpfers oder auf der Suche nach einer sättigenderen Lebensweise — überall trägt es mit sich die Angewöhnung zur Organisiertheit und zur Betätigung im öffentlichen Leben und macht sich bei dem geringsten Anlaß an die Arbeit des Verbändeschaffens. Parallel mit dem Verschmelzungsprozeß der nach Berufen gebildeten Verbände in mächtigere Organisationen mit betriebsweiser Zusammenfassung, die zur Verringerung der Verbändeanzahl führen, bemerken wir aber doch, namentlich in der Provinz, das gerade Gegenteil: ein unausgesetztes Anwachsen nicht allein der Mitgliederzahl, sondern auch der Zahl der Verbände. Dies erklärt sich aus der Organisationsentwicklung bereits erfolgter allrussischer Vereinigungen. Die bis dahin verstreuten Gruppen organisieren sich zellenartig, verbinden sich nachher in Unterabteilungen und Abteilungen, um endlich neue Sektionen des Allrussischen Verbandes zu bilden. Auf diese Weise versinnbildlicht die in der Tabelle angeführte Verbändezahl — mit nichtigen Abweichungen — die Gesamtzahl der Allrussischen Gewerkschaftsfilialen. So stehen wir mitten in einer neuen Periode organisatorischer Entwicklung unsrer Gewerkschaftsbewegung, nämlich in der Verbreitung der Abteilungen der Zentralorganisationen und deren Filialen.

Als Gegensatz zu der elementaren, örtlichen Organisationsart und Wirkungsweise, die durch die Gründung von Gebietsverbänden zur Organisierung der Zentren schritt, nahm der Prozeß den entgegengesetzten Charakter an: die Schaffung der Grundbestandteile, der Abteilungen, erfolgt vom gemeinschaftlichen Zentrum.

Wirft man aber, mit Beiseitelassung der volkswirtschaftlichen Krisis und der allgemeinen Betriebseinstellung, einen Blick auf die geographische Ausbreitung der Bewegung — Einverleibung neuer, bis dahin unorganisiert gewesener Schichten, Zentralisierung der Bewegung bei Zunahme der Anzahl der Filialabteilungen und der Sektionen der Zentralorganisationen, was ein unentwegtes Anwachsen der Gesamtzahl der organisierten Mitglieder mit sich bringt, — so kann man mit Sicherheit nicht allein von der Standhaftigkeit und Lebensfähigkeit der Bewegung selbst sprechen, sondern auch in gleichem Maße von dem für diese Bewegung günstigen Stand. Zieht man in Betracht, daß wir in der Periode des ununterbrochenen Bürgerkrieges leben und die ganze Zeit hindurch Ueberfällen und Territorialraub seitens unsrer eigenen und fremdländischen Räuberbanden in Gestalt der rühmlich bekannten Entente ausgesetzt sind, daß die Gewerkschaften unaufhörlich Tausende und Abertausende von neuen Arbeitern für den Krieg, für die Volksernährung und andere allgemeinstaatliche Tätigkeitsgebiete aus ihrer Mitte ausscheiden, so muß es jedermann einleuchten, daß schon die Struktur der Sowjetrepublik an sich einen unabsehbaren Raum für die Selbstbetätigung der wirtschaftlichen Organisationen des Proletariats bietet: jene Struktur, in der die Arbeitergewerkschaften an der Macht mehr teilnehmen und auf die Regierungsorgane einen größeren Einfluß ausüben als die Organisationen der Bourgeoisie und des Adels in den bürgerlichen Monarchien und Republiken.

*

Das Bild der Entwicklung unserer Gewerkschaftsbewegung, vom organisatorischen Gesichtspunkt aus betrachtet, wäre unvollständig, wenn wir nicht in gedrängten Umrissen die Geschichte des Allrussischen Zentralgewerkschaftsrates hinzufügen würden.

Der erste, auf der III. Allrussischen Konferenz Ende Mai 1917 gewählte Allrussische Zentralgewerkschaftsrat, dem eine sechsmonatige Lebensdauer beschieden war, konnte keine organisatorische Tätigkeit entfalten und die auf ihn gesetzten Hoffnungen nicht rechtfertigen. Dem stand sowohl die Unbestimmtheit seiner Rolle und die Tragweite der ihm von der Konferenz verliehenen Vollmachten im Wege, als auch jene quasi-Parität zwischen dem rechten und dem linken Flügel, die im Exekutivorgan des Rats zu-

tage trat (im Exekutivkomitee: Rechte = 5, Linke = 4; im Präsidium: Rechte = 3, Linke = 2). Außerdem hatte die Art seiner Zusammensetzung auf der Basis der Ortsvertretungen somit die Zerstreuung der Ratsmitglieder über ganz Rußland und die hieraus resultierende Unmöglichkeit einer regelrechten Tätigkeit des Ratsplenums zur Folge. Die Ratsmitglieder selbst, nach Wohnsitz und Arbeit auf Hunderte und Tausende Werst vom Zentrum getrennt, oblagen der Lokalarbeit und rissen sich von seinen Exekutivorganen vollständig los, da sie ja machtlos waren, deren Tätigkeit zu kontrollieren, ja, sogar auch nur die Verbindung mit denselben aufrecht zu erhalten.

Die von der III. Konferenz dem Allrussischen Zentralgewerkschaftsrat auferlegten Aufgaben bestanden in „Aufrechterhaltung der Verbindungen" mit den Gewerkschaften und „Anknüpfung" solcher mit ausländischen Verbänden, „Beistand für die gewerkschaftlichen Vereinigungsbestrebungen", „Instruierung" solcher Vereinigungen durch die „Herausgabe von Statutenentwürfen" usw. und Vertretung der Gewerkschaften in verschiedenartigen staatlichen und gesellschaftlichen Organen.

Bei Einräumung des Rechts der Vertretung der Gewerkschaftsinteressen gab die Konferenz dem Allrussischen Zentralgewerkschaftsrat nicht das Recht, die Richtschnur der Gewerkschaftsbewegung a k t i v festzulegen; ohne dieses Recht aber verlor die Vertretung an Macht und verwandelte sich in ein einfaches Dekorum.

Der I. Allrussische Kongreß vollzog nur ganz unbedeutende Abänderungen am Statut des Allrussischen Zentralgewerkschaftsrats, die eine Veränderung seiner Rolle und Aufgaben gar nicht betrafen; hingegen unterzog er den Zentralrat einer grundlegenden Strukturveränderung, indem er ihm eine ständige Vertretung seitens des Zentralkomitees der Allrussischen Verbände auf der Basis der Proportionalität gab und dadurch ein für alle Gewerkschaften autoritatives proletarisches Verbändeparlament schuf.

Schon die Strukturveränderung während des Prozesses organisatorischer Arbeit und stürmischer revolutionärer Lebensumstände verstärkte die Autorität des Allrussischen Zentralgewerkschaftsrats soweit, daß er nach und nach aus einem „Hilfs"- und

„instruierenden" Organ in das *faktische* führende Organ der Gewerkschaftsbewegung umgewandelt wurde.

Eine entscheidende Rolle spielte dabei die staatliche Normierung des Erwerbslohnes und der Arbeitsbedingungen, bei der dem Allrussischen Zentralgewerkschaftsrat die Rolle des obersten regulierenden Organs zufiel. Die nähere Verbindung des Allrussischen Zentralgewerkschaftsrats mit dem Volkskommissariat für Arbeit, an dessen Spitze vom Allrussischen Zentralgewerkschaftsrat erwählte Genossen standen, die ihren gesamten Arbeitsplan auf gemeinsamer Tätigkeit mit den Gewerkschaften aufbauten, kräftigte bedeutend die Autorität und den Gewerkschaftseinfluß im allgemeinen, jedoch das Ansehen des Allrussischen Zentralgewerkschaftsrats insbesondere. Freilich schuf diese Gleichheit der Aufgaben und die Methodeneinheitlichkeit in der Verwirklichung ihrer Beschlüsse durch die Gewerkschaftsapparate anfänglich einen Parallelismus und eine Verwirrung der Kompetenzen, ja, sogar einige Reibungen herbei. — Aber schon im März 1918, d. h. drei Monate nach dem Kongreß, löste die im Zusammenhang mit dem Brester Frieden und der Evakuierung Petrograds speziell einberufene IV. Gewerkschaftskonferenz in Moskau die Frage der Gegenseitigkeitsverhältnisse zwischen Arbeitskommissariat und Gewerkschaften. Im folgenden Artikel, bei Besprechung der gegenseitigen Beziehungen zwischen den Verbänden und den Organen der Sowjetregierung, werden wir diese Frage eingehend behandeln. Wir beschränken uns daher hier auf die Bemerkung, daß mit der Anerkennung des Arbeitskommissariats als staatliches, „den Willen des wirtschaftlich organisierten Proletariats vollziehenden" Organs und der Obliegenheit für das Arbeitskommissariat, die Beschlüsse der gesamtgewerkschaftlichen führenden Organe: mit der gleichzeitigen Anerkennung des Zentralgewerkschaftsrats als Ausdruck des gesamten wirtschaftlich organisierten Proletariats — die Konferenz nicht bloß die Rolle des letzteren als führendes Organ anerkannt, sondern auch die ihm diese Rolle objektiv sichernden Voraussetzungen geschaffen hat.

Bis zum II. Gewerkschaftskongreß war dieser Prozeß so weit fortgeschritten, daß dem Kongreß nur noch die Formulierung und Sanktionierung der faktisch bestehenden Beziehungen übrig blieb.

Die Punkte 2 und 3 des vom II. Allrussischen Kongreß angenommenen Statuts lauten:

2. Als oberstes führendes Organ der Allrussischen Gewerkschaftsvereinigung erscheint der Allrussische Zentralgewerkschaftsrat, der gemäß der Kongreß- und Konferenzbeschlüsse handelt und für seine Tätigkeit vor dem Allrussischen Gewerkschaftskongreß verantwortlich ist.
3. Alle Beschlüsse der allrussischen Kongresse, Konferenzen und gleichfalls des Allrussischen Zentralgewerkschaftsrats sind obligatorisch sowohl für alle Gewerkschaften, die der Allrussischen Gewerkschaftsvereinigung angehören, als auch für jedes Gewerkschaftsmitglied. Eine Zuwiderhandlung gegen die Beschlüsse oder eine Nichtunterwerfung unter dieselben zieht die Ausschließung aus der Familie der Proletariergewerkschaften nach sich.

So wurde die Zentralisierung der russischen Gewerkschaftsbewegung endgültig verwirklicht durch ihre organisatorische Zusammenfassung zu einem einheitlichen Ganzen, das in wichtigeren Fragen von einer einheitlichen Zentrale geleitet wird und durch einen einheitlichen Willen vereint ist.

Resümiert man das Ergebnis der organisatorischen Tätigkeit der Gewerkschaften, so kann man mit Bestimmtheit sagen, daß die Gewerkschaftsbewegung ihre höheren Entwicklungsformen erst nach dem I. Gewerkschaftskongreß, d. h. in den Jahren 1918—19, also in der Periode der Sowjetherrschaft erreicht hat. Der Oktoberumsturz hat den Charakter unserer Gewerkschaftsbewegung unvermittelt abgeändert, indem er derselben neue Aufgaben stellte und ihr neue Perspektiven eröffnete. Die Arbeitsmethoden und die Ausbreitungsmöglichkeiten haben sich verändert. Die Gewerkschaften werden zur Teilnahme an der ökonomisch-politischen Diktatur der Werktätigen herangezogen. Schulter an Schulter mit der Sowjetmacht führen sie einen mannhaften Kampf gegen den Hunger und die Zerrüttung der Wirtschaft und einen blutigen Krieg auf allen Fronten mit den ausländischen und vaterländischen Räubern. Durch die stürmischen, revolutionären Lebensumstände, die dem Proletariat immer wieder neue verwickelte historische Aufgaben stellen, wird die Tätigkeit und die Entwicklung der Gewerkschaften vielfach unterbrochen und eingeschränkt; sie muß ihr

Augenmerk auf die Lösung dieser oder jener öffentlichen Frage lenken, die in einem gegebenen Moment als Grund- und Hauptfrage für die proletarische Diktatur und die proletarische Republick erscheint. Aber das Werk der Schaffung wirtschaftlicher Organisationen, ihrer Konzentrierung und Kräftigung hat keinen einzigen Augenblick stillgestanden. Gestützt auf die Selbsttätigkeit der organisierten Massen verwirklicht sich die brüderliche Zusammenarbeit zwischen den Sowjets und den Gewerkschaften, den Herrschaftsorganen des für seine Ziele kämpfenden Proletariats.

II.

Die Ideologie der russischen Gewerkschaften.

Die ideellen Meinungsverschiedenheiten in der gewerkschaftlichen Bewegung Rußlands bis zum Jahre 1917 unterscheiden sich nur wenig von den grundlegenden Meinungsverschiedenheiten zwischen der sozialistischen „Rechten" und „Linken", die sich wie ein roter Faden durch die ganze Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung ziehen. Dieselben Debatten über die Neutralität, manchmal sogar in derselben Formulierung wie sie in den westeuropäischen sozialistischen Kreisen zum Ausdruck gelangten, wurden auch in Rußland geführt. Der Unterschied bestand einzig darin, daß in dem Zeitraum von 1905, als fieberhaft am Aufbau der Gewerkschaften gearbeitet und heldenmütig um deren Existenz gekämpft wurde, nicht allein die breiten Massen der organisierten Arbeiter, sondern selbst die Führer der Gewerkschaften theoretischen Problemen wenig Aufmerksamkeit widmeten, umsomehr, als die Neutralitätsidee dem Geist unsrer jungen, im Sturm und Drang der Revolution geborenen gewerkschaftlichen Bewegung fremd war.

Die gesamte Lebenserfahrung der Massen, die ganze Geschichte unsrer Arbeiterbewegung boten eine anschauliche Lehre von der Untrennbarkeit des politischen und des wirtschaftlichen Kampfes. Daher war die Neutralitätsidee in der russischen Gewerkschaftsbewegung niemals populär. Der Absolutismus war der hauptsächlichste und offensichtliche Feind. Der russische Arbeiter war lange Zeit künstlich in den Ketten der Unwissenheit festgehalten worden, das Streben nach Organisation war deshalb so machtvoll in ihm, die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der Kräfte im wirtschaftlichen Kampf war den proletarischen Massen so klar, daß unsre Bewegung fast gar keine nationalen und

religiösen Verbände kannte. Im vorteilhaften Unterschiede von der westeuropäischen trat unsre gewerkschaftliche Bewegung vom ersten Augenblick ihres Entstehens als sozialistisch auf. Mit wenigen Ausnahmen stand sie ganz unter dem ideellen Einfluß der Sozialdemokratie.

Wenn die von den Sozialrevolutionären und einem Teil der Menschewiki geführte Propaganda zugunsten der Parteilosigkeit der Gewerkschaften und ihrer Neutralität gegenüber den einzelnen sozialistischen Parteien und Fraktionen zuweilen in gewerkschaftlichen Massenversammlungen einigen Erfolg erzielte, so war dies nicht, weil den Massen politische Fragen gleichgültig waren. Vielmehr geschah es infolge der einfachen Tatsache, daß die ungeschickte, oft sogar taktlose Polemik der Vertreter dieser Parteien und Fraktionen, die selbst den dringendsten wirtschaftlichen Interessen der Massen keine Rechnung trug, oft kleinlich und fast immer abstrakt war, weil diese Polemik die geschäftlichen Gewerkschaftsversammlungen in ihrer dringlichen Arbeit störte und in den Massen deshalb Abneigung gegen die betreffenden politischen Organisationen erweckte. Die Unfähigkeit der Sozialisten, ihre Propaganda auf der Tätigkeit der Gewerkschaften aufzubauen, ihre Bestreben, die Gewerkschaftsversammlungen in politische Diskussionsklubs zu verwandeln, schufen vorübergehend unter den Massen eine feindliche Stimmung gegen die Parteien, für Parteilosigkeit.

Andrerseits hatte die Strömung zur Bildung von Parteiverbänden nach dem Vorbild Polens noch weniger Erfolg in Rußland, wo klerikale, nationale und gelbe Verbände von amerikanisch-Pinkertonschem Typus fast gänzlich unbekannt blieben.

Formell unparteiisch, wenn auch ausgesprochen sozialistisch, ohne der einen oder der andern sozialistischen Partei gegenüber eine ausdrücklich feindselige Stellung einzunehmen, besaßen unsre Gewerkschaften dennoch in jedem gegebenen Augenblick bestimmte politische Gestalt. Mehr noch, jede einzelne Gewerkschaft trug unzweifelhaft Parteicharakter, unterhielt engste Organisationsbeziehungen zu dieser oder jener Partei, führte deren Richtlinien in Druckschriften und Resolutionen durch. Unter solchen Bedingungen mußte natürlicherweise um jede mehr oder min-

der wichtige Frage, insbesondere aber bei den Wahlen in die Gewerkschaftsleitung ein heißer Partei- und Fraktionskampf entbrennen.

Die Propaganda für den Aufbau der Gewerkschaften auf Parteigrundlage konnte deshalb selbst in Parteikreisen keinen Anhang finden; denn die Aufgabe einer jeden der sozialistischen Fraktionen (solcher Parteien, die Einfluß auf die Verbände besaßen, gab es zu jener Zeit drei, nämlich die Sozialdemokraten-Bolschewiki, die Sozialdemokraten-Menschewiki und die Sozialrevolutionäre) bestand darin, sich einen möglichst großen Einfluß auf die breiten parteilosen Massen zu sichern und sie organisationsmäßig an ihre eigene Partei zu fesseln. Unter den bestehenden Bedingungen wurde die Neutralitätsidee als Gegensatz zur Idee der Parteizugehörigkeit hauptsächlich von derjenigen Partei befürwortet, deren Einfluß auf die Gewerkschaftsbewegung am geringsten war, nämlich von den Sozialrevolutionären. Indem sie Neutralität predigten (d. h. gleiche Stellungnahme zu allen sozialistischen Parteien), suchten sie einen gleichen Einfluß in den Verbänden zu erlangen, wie die Sozialdemokraten ihn besaßen. In der Praxis lief ihre Tätigkeit bloß auf eine Pressepolemik und Geschwätz hinaus . . .

Der Kampf der beiden Hauptkräfte in der Gewerkschaftsbewegung Rußlands (der Bolschewiki und der Menschewiki) trägt in jener Zeit den Charakter einer Pressepolemik und praktischer Meinungsverschiedenheiten in konkreten Fragen der Taktik. Die Beziehungen der Gewerkschaften zur Partei, der Charakter der Gewerkschaftstätigkeit, die Aussichten der Gewerkschaftsbewegung — das waren die Streitfragen. Doch auch diese waren nicht dazu angetan, eine scharf ausgeprägte Grenze zwischen den beiden Fraktionen zu ziehen, denn die Meinungsverschiedenheiten selbst waren nicht klar genug ausgeprägt und hatten im Vergleich zu den andern Streitfragen in der Partei bloß eine nebensächliche Bedeutung. Daher änderte sich auch die Stellungnahme der Fraktionen zu diesen Fragen je nach den besonderen Umständen der momentanen Lage. So fand z. B. die Idee der sozialistischen Neutralität, d. h. der Gleichwertigkeit aller sozialistischen Parteien für die Gewerkschaften, die im allgemeinen von den Menschewiki

befürchtet wurde, zu verschiedenen Zeitpunkten auch unter den Bolschewiki Anhänger.

Die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung dieser Periode, die bis zur III. Gewerkschaftskonferenz größtenteils unter dem ideellen Einfluß der Menschewiki verlief, ist in Bezug auf ihre Ideologie durch eine Nachahmung der deutschen Bewegung gekennzeichnet. Unsre Verbände weisen in dieser Zeitspanne eine deutlich hervortretende Aenderung auf, indem sie sich aus Organisationen für gegenseitige Hilfe, den Ueberbleibseln der vorrevolutionären Epoche, zu kampffähigen, auf Klasseninteressen beruhenden Gewerkschaften umgruppierten. Den besten Beweis für diesen Selbstbestimmungsvorgang in der russischen Gewerkschaftsbewegung erbringt ein Vergleich der Resolutionen über Einberufung des I. Gewerkschaftskongresses, die von der I., der II. und der III. Konferenz der Gewerkschaften angenommen wurden.*)

Die erste Konferenz im Jahre 1905 setzte den Bestand des Kongresses folgendermaßen fest: „An dem Gesamtrussischen Kongreß der Vertreter der Gewerkschaften können sich auch Vereine für gegenseitige Hilfe und solche Gewerkschaften proletarischen Charakters beteiligen, die aus Werktätigen aller Berufe bestehen, und die direkte oder indirekte (von uns unterstrichen, M. T.) Bekämpfung der Kapitalisten zum Ziele haben . . .“

Dieser verschwommenen Formel konnte man natürlich jeden beliebigen Inhalt verleihen. Und wenn hier einerseits deutlich der Wunsch ausgedrückt wird, dem Kongreß proletarischen Charakter, Klassencharakter zu verleihen, so tritt andrerseits nicht minder deutlich die Furcht zutage, dieses unverhüllt zu äußern und durch irgend eine formelle Verletzung der „Neutralität“ die „breiten

*) Die Einberufung des I. Gesamtrussischen Gewerkschaftskongresses wurde von der I. Konferenz im Jahre 1905 beschlossen, jedoch gestatteten die politischen Verhältnisse jener Zeit bloß die II. Konferenz, und zwar mit sehr unvollkommener Vertretung, abzuhalten. Die II. Konferenz bestätigte den Beschluß über Einberufung des Kongresses in andrer Formulierung, — allein die einsetzende Woge der Reaktion und der Zerstörung der Gewerkschaften (wie auch aller andrer Arbeiterorganisationen) schob die Entscheidung dieser Frage bis zum Jahre 1917 auf. Erst nach der Oktoberrevolution (welche Ironie des Schicksals den Menschewiki gegenüber!), im Jahre 1918, bot sich die Möglichkeit, die Beschlüsse der I., II. und III. Konferenz zu verwirklichen.

Massen abzuscheuchen" (die beliebte Redensart aller Opportunisten). — Der Standpunkt der Neutralität wird von der I. Konferenz in derselben Resolution betont, denn die „Vereine" und Gewerkschaften werden zur Beteiligung am Kongreß eingeladen, „unabhängig davon, ob sie irgend welche politischen Aufgaben verfolgen . . ."

In der Festsetzung der allgemeinen Merkmale, die der Vereinigung der Gewerkschaften zugrunde zu legen sind, wich die II. Konferenz (1906) nur wenig von der I. Konferenz ab. In den von ihr angenommenen Kongreßstatuten heißt es: „Am Gewerkschaftskongreß nehmen teil: A. mit Beschlußstimmrecht: I. Vertreter der lokalen Verbände und Vereine, die auf dem Boden der zeitgemäßen Arbeiterbewegung stehen . . ."

Es unterliegt keinem Zweifel — auch die II. Konferenz fürchtet, mit dem Wort Klassenkampf jemand zu „verscheuchen" und verbirgt diesen Begriff sorgfältig hinter der Formel „auf dem Boden der zeitgemäßen Arbeiterbewegung".

Elf Jahre vergingen. Der Absolutismus wurde von dem Proletariat Rußlands gestürzt. Die Gewerkschaftsbewegung erfuhr eine ungeahnte Entwicklung. Doch erst im Juni 1917 wagte es die III. Gewerkschaftskonferenz, sich von den verschwommenen Formeln der I. und II. Konferenz loszulösen. Sie erklärte:

1. „Das Recht der Beschickung des I. Allrussischen Gewerkschaftskongresses steht nur denjenigen Arbeiterverbänden zu, die in ihrer Tätigkeit von dem Prinzip des proletarischen Klassenkampfes ausgehen". (Von uns unterstrichen, M. T.)

Somit bedurfte es ganzer 12 Jahre, um die Furcht vor einer „Abscheuchung" der Massen abzuschütteln und die grundlegenden elementaren Richtlinien der Bewegung klar und deutlich zu formulieren.

*

Die Februarrevolution bot einen mächtigen Antrieb zur Wiederbelebung der durch Repressalien erdrückten Gewerkschaftsbewegung. Doch gleich in den ersten Tagen der Revolution entstanden der Arbeiterklasse neue Aufgaben, bildeten sich neue For-

men wirtschaftlicher proletarischer Organisationen heraus, nämlich die Betriebsausschüsse.

Wenngleich keine unbedingt neue, zum erstenmal von der Revolution des Jahres 1917 geschaffene Erscheinung*), waren die Betriebsausschüsse diesmal dennoch völlig neue Organisationen, sowohl in Bezug auf ihren Maßstab, als auch hinsichtlich der Funktionen, die sie zu übernehmen hatten, und der Rolle, die ihnen in der Geschichte unserer Revolution zufiel.

Ende Mai 1918 fand die erste Konferenz der Fabrikausschüsse Petrograds statt, an der etwa 600 Vertreter teilnahmen. Zum erstenmal in der Geschichte der Arbeiterbewegung behandelte das Proletariat Rußlands in diesem proletarischen Parlament die Produktion nicht als etwas außerhalb seiner Interessen oder über ihm stehendes, sondern als s e i n e ureigenste Angelegenheit. Völlig neue Klänge ertönten auf dieser Arbeiterversammlung; die Reden der Vertreter der Petrograder Fabriken und Werke bildeten im allgemeinen Umriß bereits die fertige Grundlage einer neuen proletarischen Ideologie. Kaum drei Monate nach der Februarrevolution enthalten die Reden der Arbeitervertreter bereits eine gesunde proletarische Analyse des gegenwärtigen Moments und ertönt das erste Brausen der heranziehenden sozialen Revolution.

Der Hauptpunkt der Tagesordnung war die Kontrolle der Produktion. Jedoch, um volle Objektivität zu bewahren, überlassen wir der Konferenz selbst das Wort:**)

„Mit Beginn der Revolution lief die Fabrikleitung davon; die Arbeiter blieben die tatsächlichen Herren der Betriebe. Um die Produktion aufrecht zu erhalten, mußten die Betriebsausschüsse die Fabriken und Werke in ihre Hände nehmen. Es mußte folglich eine bestimmte Kontrollorganisation geschaffen werden." (Aus der Rede Woronkows, eines Arbeiters des neuen Arsenals.) „Was

---

*) Die Betriebsausschüsse bilden einen weiteren Ausbau des „Instituts der Fabrikältesten", der „Bevollmächtigten", der „Delegierten" und dergl., wie die der Revolution vorausgegangene Epoche sie kannte, sowie der „parteilosen Fabrikausschüsse" der Jahre 1905—1907.

**) Sämtliche Zitate aus den Resolutionen und Reden entnehmen wir der Broschüre „Die erste Arbeiterkonferenz der Betriebsausschüsse", Petrograd. 1917. Ausgabe des Zentralrats der Betriebsausschüsse.

aber stellen diese Ausschüsse vor? wie sind sie entstanden? Sie sind die Kinder unserer Revolution. Blut von unserem Blut und Fleisch von unserem Fleisch. In den Februar- und Märztagen verließen die Arbeiter die Fabriken und gingen auf die Straße, um ein für allemal der vielköpfigen Hydra des Zarismus ein Ende zu machen. Die Fabriken und Werke standen still. Dann, nach etwa Wochenfrist . . . kehrten die Arbeitermassen in die Werke zurück. Sie kamen und sahen, daß viele der Unternehmen ihrem Schicksal preisgegeben waren. Die Verwaltungsleiter, die Generäle, die Ingenieure, Techniker, Werkmeister, die Ursache zu der Befürchtung hatten, daß der Arbeiter nunmehr ihre begangenen Niederträchtigkeiten heimzahlen würde, waren davongelaufen . . ."

„Also mußte eben ohne die Verwaltung an die Arbeit gegangen werden. Aber wie sollte man das bewerkstelligen? Die Verwaltung ist ja das Salz der Fabrik, ihre Triebkraft. Da schritten nun die Fabriken ohne Aufhub zur Wahl von Betriebsausschüssen, mit deren Hilfe das Leben auf den Fabriken und Werken allmählich wieder in das normale Geleise kam. An die Stelle der früheren Verwalter, der Ingenieure, Generäle, (in den staatlichen Fabriken) traten jetzt die Mitglieder der Betriebsausschüsse" (Lewin).

So wird uns auf der ersten Petrograder Konferenz die Entstehungsgeschichte der Betriebsausschüsse von ihren Vertretern geschildert. Aus ihren Reden ersehen wir auch die Funktionen, welche die Betriebsausschüsse zu jenem Zeitpunkte zu erfüllen hatten.

„Die Betriebsausschüsse mußten den nötigen Rohstoff für die Arbeit herbeischaffen. Das ist keine Kleinigkeit. Ueberhaupt mußten die Betriebsausschüsse allerhand unerwartete, von niemand vorhergesehene Aufgaben übernehmen! (Woronkow.)

„Danach kam die Revolution ins Geleise und nahm einen ruhigeren Verlauf. Die Flüchtlinge überzeugten sich, daß die Arbeiter lange nicht so blutdürstig waren, wie man es bisher gedacht und gerechterweise erwartet hatte . . . und sie begannen in die Werke zurückzukehren. Ein Teil der Leiter, der für die Betriebe durchaus ohne Bedeutung und rettungslos der Reaktion ergeben war, wurde von den Arbeitern nicht wieder zur Arbeit zugelassen. Die übrigen konnten ihre Stellen wieder einnehmen, d o c h w u r -

den ihnen unverzüglich Mitglieder der Betriebsausschüsse als Gehilfen zur Seite gestellt. Auf diese Weise wurde eine tatsächliche Kontrolle über alles, was in der Fabrik vorging, durchgeführt . . ."

„. . . Die Betriebsausschüsse schraken nicht davor zurück, in das Wirtschaftsleben einzugreifen. Freilich, sie waren dazu gezwungen, denn andernfalls hätte so manche Fabrik längst schließen müssen. Unzählige Arbeitermassen wären auf die Straße geworfen worden und hätten das ohnehin wachsende Heer der Arbeitslosen nur noch mehr vergrößert . . ." (Lewin.)

In dieser Weise schildern die Referenten der Konferenz die Entstehungsgeschichte und die Funktionen der Betriebsausschüsse. Es ist für uns von Wichtigkeit, die wirtschaftliche Lage Rußlands zu jenem Zeitpunkt festzustellen. In diesem Fall ist die Ansicht der Konferenz selbst und insbesondere der Regierungspartei jener Zeit (die sich auf der Konferenz in der Minderheit erwies), nämlich der Menschewiki, von Interesse.

„Das wirtschaftliche Leben Rußlands ist in fürchterlichen Verfall geraten. Das Land steht bereits mitten in einer Katastrophe, welche die Bevölkerungsmassen mit Not und Arbeitslosigkeit bedroht und jeden Kampf der Arbeitermassen zur Verbesserung ihrer Lage zu einer Chimäre macht." (Von uns unterstrichen, M. T.) — (Resolution der Menschewiki Tschrewanin, Dalin, Gromow, Buckowetzki.) „Oft schränken die Kapitalisten die Produktion absichtlich ein; da sie es nicht wagen, Aussperrungen offen vorzunehmen, greifen sie zu versteckten Aussperrungen". (Dalin, Menschewik.)

„Dem Arbeitsministerium gehen oft Mitteilungen zu, daß die Unternehmer sich weigern, das Unternehmen weiterzuführen. Die Arbeiter nehmen daher die Fabriken und Werke in ihre Hände." (Rede des Arbeitsministers Skobelew.)

Inmitten dieses ungeheuren Verfalls, unter der halbversteckten Aussperrung seitens der Unternehmer, deren Tatsache nicht nur von einer Reihe von Referenten aus Arbeiterkreisen, sondern auch von Vertretern der am Ruder der Macht stehenden Partei der Menschewiki und sogar von dem Arbeitsminister Skobelew, der mit den Bürgerlichen in einem Ministerium saß, zugegeben wird, mußte das proletarische Parlament die Frage lösen, wie diese Er-

scheinungen zu bekämpfen seien. Die Antwort auf diese Frage gab die ganze Entstehungsgeschichte der Betriebsausschüsse, die gesamte Erfahrung ihrer alltäglichen Tätigkeit, diese Antwort lautete: Arbeiterkontrolle. Angesichts des Umstandes, daß die Unternehmer sich unter der drohenden Wirtschaftskrise weigerten, die Produktion weiter zu führen, und sie in den meisten Fällen einzuschränken oder völlig einzustellen trachteten, wurde die Notwendigkeit einer Kontrolle der Produktion bereits am 30. Mai 1917 von niemand mehr bestritten. Es handelte sich zwischen der Rechten und der Linken nur um die Frage, wem die Kontrolle gehören solle. Geben wir hierüber wieder der Konferenz selbst das Wort:

„Bei der Erörterung der industriellen Krise haben wir einerseits die Betriebsausschüsse, andrerseits die Staatsmacht vor uns."

„Man muß energisch auf die Regierung dringen, daß sie eine strenge Kontrolle über die ganze Produktion einsetzt . . ." (Dalin, Referent der Menschewiki.)

„Die Einmischung in das Wirtschaftsleben und seine Kontrolle sind Sache des Staates . . ."

„In den das wirtschaftliche Leben regelnden Organen muß den *Vertretern der Demokratie* die Mehrheit gesichert sein". (Von uns unterstrichen, M. T.) (Aus der von den Menschewiki eingebrachten Resolution.)

„Der Weg zur Rettung vor der Katastrophe liegt einzig und allein in der Einsetzung einer tatsächlichen *Arbeiterkontrolle*". (Aus der von der Konferenz angenommenen Resolution.) (Von uns unterstrichen, M. T.)

Auf den ersten Blick lief die Frage bloß auf das quantitative Verhältnis der Arbeiter und der Nichtarbeiter in dem Bestand der Kontrollorgane hinaus. In der Tat jedoch lagen die Meinungsverschiedenheiten bedeutend tiefer und erschöpften sich durchaus nicht mit dem Streit über die zentralisierte Staatskontrolle, welche die Menschewiki der vermeintlichen Idee der unorganisierten, vereinzelten Ergreifung einzelner Unternehmen durch die Arbeiter entgegensetzten.

Das Wesen der Idee der *Arbeiter*kontrolle bestand in der *Klassen*kontrolle als dem ersten Stadium zur *Regelung* und *Vergesellschaftung* der Produktion.

Sehr richtig formulierte der Petrograder Arbeiter Naumow das politische Wesen der Meinungsverschiedenheiten, als er sagte: „Ja, Kontrolle ist notwendig, aber was für eine Kontrolle, wie und von wem organisiert?“ . . . „Will man eine Staatskontrolle einführen, so möge man klar und deutlich sagen: die Regierung welcher Klasse wird diese Kontrolle durchführen?“ . . .

Und es versteht sich von selbst, daß die Petrograder Arbeiter nicht für die Idee der „Staatskontrolle“ waren, noch auch vor der „Verantwortlichkeit“ zurückschreckten, mit der die Herren Menschewiki sie einzuschüchtern versuchten.

Aus den Reden der Arbeiter tönt direkte Bestürzung heraus: Worüber streiten diese lieben Leute denn eigentlich?!

So sagt z. B. der Arbeiter Tschernjakow: „Wir Arbeiter führen die Kontrolle in den Fabriken bereits tatsächlich durch, ihr aber fürchtet sie, fürchtet das Leben, fürchtet das, was bereits verwirklicht wird . . . “

Daß die Arbeiterkontrolle keine unzusammenhängende politische Losung war, sondern von den Vertretern der Fabriken und Werke Petrograds als grundlegender erster Paragraph des neuen proletarischen Wirtschaftsprogramms betrachtet wurde, kommt in sämtlichen Reden der Arbeiter zum Ausdruck. Diese in der Neubildung begriffene proletarische Weltanschauung baute sich auf dem Bewußtsein auf, daß *die Arbeiterklasse dem Untergange der Produktivkräfte des Landes nicht gleichgültig zusehen kann, daß sie mit ihrem Herzblut an der Produktion interessiert ist nicht als ein Teil derselben oder gar eine Zugabe zu ihr, sondern als ihr Erbe, der sie übernehmen muß.*

Die meisten Redner waren aus der Erfahrung ihrer Fabrik, in der sie arbeiteten, zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Arbeiterkontrolle notwendig sei; daher hört man aus ihren Reden noch stark ein lokales Interesse heraus . . . Manche von ihnen stellen sich die Arbeiterkontrolle noch als elementare Selbsttätigkeit der Massen vor; doch der gesunde proletarische Instinkt führt sie bereits zur Vereinigung ihrer Tätigkeit, zur Zentralisation, und entwirft ein kühnes Programm wirtschaftlicher Umgestaltungen.

„Können wir es zulassen, daß die Produktion so ungeordnet bleibt wie bisher?" . . . „Jeder klassenbewußte Arbeiter wird ohne auch nur nachzudenken, antworten: Nein, wir können es nicht . . ." „Durch ihre Betriebsausschüsse müssen die Arbeiter ohne Aufschub eine tatsächliche Kontrolle einführen, die Produktion regeln und sie endlich organisieren." (Lewin.)

Hier haben wir in gedrängter Kürze die Formel des ganzen Wirtschaftsprogramms des Proletariats, einen Umriß der Grundlage der neuen Ideologie in der wirtschaftlichen Bewegung der Arbeiterklasse . . .

Am 30. Mai 1917, drei Monate nach der Februarumwälzung, legte die Arbeiterkonferenz Petrograds damit die grundlegenden Züge der neuen Ideologie in der ökonomischen Bewegung des Proletariats fest, anerkannte *sein Interesse an der Erhaltung der Produktion* und die Notwendigkeit, durch *Kontrolle* und *Regelung an ihre Organisationen heranzugehen*. Indem sie den Versuch der Menschewiki, die Regierung der Koalitionsperiode als ein über den Klassen stehendes Organ hinzustellen, verwarfen, zeigten die Petrograder Arbeiter deutlich, daß sie an einen *außerhalb der Klassen* stehenden Staat nicht glauben, daß die einzige Macht, die ihr wirtschaftliches Programm durchführen kann, die Arbeiterklasse selbst ist, und das einzige Werkzeug zur Ausführung dieses Programms für sie in der Sowjetmacht liegt.

Genau einen Monat später versammelte sich die III. Konferenz der Gewerkschaften. Erklärlicherweise war eine der Hauptfragen der Tagesordnung die „Kontrolle der Produktion und Verteilung" und die „Organisation der Produktion in Rußland". Wiederum kam es bei der Erörterung dieser Fragen zur Spaltung über die „Staats-" und die „Arbeiterkontrolle". Doch was den Petrograder Arbeitern am 30. Mai klar war, erwies sich der aus provinziellen Menschewiki und Sozialrevolutionären bestehenden Mehrheit der III. Konferenz als unverständlich, und nach dem Bericht des Bolschewik Miljutin wurde die Resolution des Menschewik Tschrewanin angenommen.

Wir wollen ausführlicher bei dieser Resolution verweilen, denn vom Standpunkt der Gewerkschaftsbewegung ist sie trotz

ihrer menschewistischen Prachtblüten ein durchaus bedeutender Faktor in der Entwicklungsgeschichte der neuen Ideologie . . .

Die Resolution charakterisiert die wirtschaftliche Lage als einen fürchterlichen Verfall; sie erkennt die Notwendigkeit an, Verteilung und Produktion zu regeln, die vermögenden Klassen zu besteuern, weist ferner darauf hin, daß ohne Durchführung eines „Systems von Maßnahmen zur Regelung . . . von einer Besserung der Lage der Arbeiterklasse keine Rede sein kann." Darauf fährt sie fort:

„Im Interesse des Landes, im Interesse der Revolution, im Interesse der Besserung seiner Lage und der Entfaltung seiner Klassenerfolge in der Zukunft muß das Proletariat seine Kräfte der planmäßigen Regelung des Wirtschaftslebens zuwenden. Nur so, in dem Rahmen und in dem Verlauf dieser Regelung kann es der Verschlimmerung seiner wirtschaftlichen Lage entgegensteuern und eine gewisse, wenn auch vielleicht eng begrenzte Besserung derselben erzielen."

Was auch die ferneren Schlußfolgerungen der Menschewiki sein mögen*) . . . grundlegend, entscheidend für die ganze Taktik der wirtschaftlichen Bewegung des Proletariats ist die Feststellung, die auch von den Gegnern der Arbeiterkontrolle anerkannt wird, daß die einzige Rettung für die Arbeiterklasse und ihre Organisationen in der Kontrolle und Regelung der Industrie besteht. Ist dem aber so, so mußten die Gewerkschaften auch die entsprechenden Schlußfolgerungen, die sich hieraus ergaben, ziehen. Einige dieser Schlußfolgerungen drängten sich von selbst auf, andere wiederum wurden sogar von den Anhängern der „bürgerlichen Revolutionen" gezogen.

Die Resolution**) erkennt die Notwendigkeit der zwangs-

*) Diese Schlußfolgerungen sind: „doch ist der Prozeß der Regelung zu schwer und zu verwickelt, als daß das Proletariat die Regelung ausschließlich oder auch nur zum größten Teil auf sich nehmen könnte . . Es liegt daher durchaus im Interesse des Proletariats, nicht die alleinige Verantwortung zu übernehmen . . . Die Interessen der Revolution fordern, daß das Möglichste zur Heranziehung aller produzierenden Klassen der Bevölkerung getan werde" . . .

**) Sämtliche Auszüge aus den Resolutionen der III. Konferenz entnehmen wir dem Sammelwerke „Resolutionen der Gesamtrussischen Konferenzen und Kongresse der Gewerkschaften", redigiert von G. Zyperowitsch. Ausgabe des Petrograder Rats der Gewerkschaften 1919.

weisen staatlichen Syndizierung der Industrie und ihre staatliche Regelung an und erklärt darauf:

„Zu den Aufgaben des zentralen Wirtschaftsausschusses gehört unter anderem die Festsetzung der Verkaufspreise, der Höhe des Gewinns zugunsten des Unternehmers und desjenigen Teils des Selbstkostenpreises der Erzeugnisse, der den Arbeitern als Arbeitslohn zur Verfügung gestellt werden kann. Die Verteilung des Arbeitslohns unter die einzelnen Arbeiterkategorien muß auf Grund von Lohntarifen geschehen, die von den Gewerkschaften ausgearbeitet werden."

„Von der Anerkennung der Notwendigkeit einer staatlichen Regelung der Produktion, der Verteilung und der Warenpreise mußte die III. Konferenz notgedrungen zur Forderung einer staatlichen Normierung der Arbeitslöhne gelangen. Denn es genügen die elementarsten ökonomischen Kenntnisse, um zu begreifen, daß bei planmäßiger Regelung der Produktion im Interesse ihrer zweckmäßigsten Ausnutzung die Frage der Arbeitslöhne nicht außerhalb des allgemeinen Regelungssystems gelassen und, mehr noch, daß die Produktion nicht in Abhängigkeit von dem willkürlichen Spiel der wirtschaftlichen Interessen zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Ausstand und Aussperrung gestellt werden kann. Daß diese Schlußfolgerung sich unvermeidlich aus der Ausgangsprämisse der planmäßigen Regelung der Produktion ergibt, beweist die Tatsache, daß die oben erwähnte Petrograder Konferenz fast zur gleichen Entscheidung gelangte.

„Der Zentrale Arbeiterausschuß aller Unternehmen muß unverzüglich eine Kommission einsetzen zur Ausarbeitung normaler, einheitlicher Arbeitslöhne für alle, die in den Fabriken und Werken desselben Bezirks in den gleichen Produktionszweigen und in derselben Kategorie arbeiten. (Entwurf der Resolution über die Aufgaben der Betriebsausschüsse.) (Von uns unterstrichen, M. T.)

In diesen Ausführungen wird nicht nur die Notwendigkeit anerkannt, die Arbeitslöhne zu normieren, es wird auch ein Abriß der Aufgabe auf dem Gebiet der Qualifizierung der Arbeit und der Festsetzung von Lohntarifzonen gegeben. Obgleich zugegeben

wird, daß die Regelung der Produktion und die Normierung der Arbeitslöhne notwendig sind, daß die Arbeitermassen und ihre Gewerkschaften keinen anderen Ausweg zur Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse haben, war die Konferenz doch nicht imstande, eine zweite, sich hieraus ergebende Schlußfolgerung zu ziehen, nämlich, daß der Charakter der Bewegung überhaupt, eine Veränderung erfahren müsse. Der Stein des Anstoßes war hier die von dem Petrograder Arbeiter Naumow gestellte Frage: „Die Regierung welcher Klasse wird die Kontrolle durchführen?"

Die Regierung welcher Klasse könnte denn aber die staatliche Syndizierung der Industrie, die Festsetzung des Unternehmergewinns, die Normierung der Arbeitslöhne durch die Gewerkschaften usw. durchführen? Unter welcher Staatsordnung ist ein derartiges wirtschaftliches Programm überhaupt ausführbar?

Bekanntlich hat die erste Petrograder Arbeiterkonferenz entschieden erklärt, „dieses ist nur dann ausführbar, wenn die ganze Staatsmacht in die Hände der Sowjets, der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten übergeht".

Die III. Konferenz der Gewerkschaften beschloß mit ganz unbedeutender Mehrheit, die Sache „im Interesse der Revolution"*) dem Staat anzuvertrauen unter Hinzuziehung aller produzierenden Bevölkerungsklassen.

Die Februarrevolution schuf die Betriebsausschüsse, ließ die Arbeiter sich enger zusammenschließen und den Kampf um die Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage aufnehmen. Die Arbeiterausschüsse konnten den spekulativen Machenschaften der Fabrikbesitzer nicht gleichgültig zuschauen; sie wurden zum scharfen proletarischen Auge, das die flinken Hände der geschäftemachenden Fabrikherren aufmerksam überwachte. Diese Umstände allein schufen eine derartige Atmosphäre, daß die Vertreter der „Demokratie", die „revolutionären" Bourgeois es vorzogen, zur Aussperrung, Sabotage und anderen Maßnahmen zu greifen, um die Arbeiter klein zu kriegen, die „ungesetzliche" Kontrolle los zu werden und zu den alten Zeiten zurückzukehren. Dieser Störung der Produktion wurde die Forderung der planmäßigen Kontrolle, der

*) Welche Verbrechen wurden nicht schon „im Namen der Demokratie" und „im Interesse der Revolution" der Arbeiterklasse gegenüber begangen!



Regelung der Produktion, der Normierung der Arbeitslöhne und des Gewinns entgegengestellt. Und die Herren Menschewiki, diese Ritter „heiliger Unschuld“, dachten, das alles könne unter derselben Regierung durchgeführt werden, die im Laute von 8 Monaten nicht imstande war, den Achtstundentag zum Gesetz zu machen, von einer Regierung, die offensichtlich eine Waffe in den Händen der Kapitalistenklasse war.

Doch was die Menschewiki aus Furcht vor der „Verantwortung“ nicht auszusprechen wagten, wurde den Arbeitermassen und Gewerkschaften durch das Leben selbst diktiert. Wie sehr die Menschewiki auch bestrebt waren, die Arbeiter einzuschüchtern, wie sehr die III. Konferenz sie auch warnte, daß die Gewerkschaften „nicht imstande seien, die administrativ-wirtschaftlichen Obliegenheiten in der Produktion zu übernehmen“, wurden die Gewerkschaften doch im Verlauf des wirtschaftlichen Kampfes von der Geschichte selbst dazu gebracht, nicht nur „sich rege an den zu diesem Zweck geschaffenen zentralen und örtlichen Organen zu beteiligen“ (siehe die Resolution der III. Konferenz über die Wechselbeziehungen der Gewerkschaften und der Betriebsausschüsse), sondern auf diesem Gebiet auch die Leitung der Betriebsausschüsse, ja, den Aufbau dieser Organe selbst zu übernehmen und zwar ohne jede Beteiligung von „Vertretern der Demokratie“.

Je mehr der Klassenkampf sich zuspitzte, um so nachhaltender forderten die Arbeitermassen die Einwirkung maßgebender Arbeiterorganisationen auf das wirtschaftliche Leben des Landes. Als die Arbeiter sahen, daß die Koalitionsregierung nicht imstande war, auch nur irgend eine Kontrolle durchzuführen, und das wirtschaftliche Leben des Landes tatkräftig zu leiten und aufzubauen, begannen sie auf Grund des Beschlagnahmerechtes *ihre eigene* Kontrolle über die Produktion auszuüben und verboten die Ausfuhr von Rohstoffen, Brennmaterial und Produktionsmitteln aus den Fabriken. Diese elementare, hausbackene, vom Standpunkt der Interessen der *entsprechenden* Fabrik ausgeübte, von niemand geleitete*) Kontrolle bot selbstredend keinen Ausweg aus der geschaffenen Sachlage; aber doch fesselte sie den Unternehmern in ihrem Bestreben zur Stockung der Produktion die Hände. Das

*) Der Zentralrat der Betriebsausschüsse konnte diese Aufgaben nicht bewältigen; auch reichte sein Einfluß kaum über Petrograd hinaus.



Hauptverdienst der Arbeiterkontrolle besteht jedoch darin, daß sie die von den Arbeitern selbst gewählten Ausschüsse usw. dicht an den Apparat der Produktionsverwaltung heranführte.

Die Vertreter der Gewerkschaften, die sich in den von dem Krieg und von der Revolution geschaffenen Regelungsorganen, wie z. B. der Außerordentlichen Kommission für Brennmaterial, der Metallkommission usw. betätigten, gelangten, je mehr sie mit der Arbeit dieser Institutionen bekannt wurden, desto mehr zu der Ueberzeugung, daß diese Organe die Industrie durchaus nicht im Interesse der Arbeiterklasse regeln. Und immer mehr wurden sie sich der Notwendigkeit bewußt, diese Organe voll und ganz in die Hände der Arbeiterorganisationen zu legen.

Die Perspektive eines wirtschaftlichen Kampfes bei einem „schreckenerregenden Verfall" der Industrie, bei der geschlossenen Organisation der Unternehmer in der Gestalt der Vereinigung der Fabrikanten, erbrachte den klaren Beweis, daß die gewöhnlichen Methoden des wirtschaftlichen Kampfes, wie z. B. der Ausstand, unter den gegebenen Bedingungen untaugliche Waffen waren.

Die Versuche, die errungenen Eroberungen vermittels Kollektivverträge zu festigen, stießen, je mehr der Klassenkampf sich zuspitzte, auf immer größeren Widerstand von seiten der Kapitalisten. Wenn die wirtschaftlichen Konflikte in den ersten Monaten nach der Revolution größtenteils in Schlichtungskammern und Schiedsgerichten, die öfters auch Tarifstreitfragen behandelten, gelöst werden konnten, so zeigte das Verhalten der Unternehmer zum Herbst 1917 bereits deutlich, daß sie keinerlei Einigung wünschten. Immer seltener gelang es, zwischen Arbeitern und Unternehmern hinsichtlich des Vorarbeiters eine Verständigung zu erzielen. Immer seltener konnte, besonders in Rechtsfragen, in der Schlichtungskammer eine Einigung der Parteien erzielt werden. Wenn die Unternehmer in Fragen des Arbeitslohnes, der nackten Tarifs auch auf irgend welche Zugeständnisse eingingen, — insbesondere, wenn es sich um qualifizierte Arbeiter handelte, — so stießen die Vorschläge der Betriebsausschüsse hinsichtlich der Festigung der eroberten Rechte von seiten der organisierten Unternehmer stets auf scharfen Widerstand und völlige Unversöhnlichkeit.

Schon nach den Julitagen wird von sämtlichen Preßorganen der Arbeiter ein scharfer Umschwung in der Taktik der Kapitalisten

festgestellt. So schreibt die Zeitschrift der Metallarbeiter (Nr. 1—2) vom 17. August: „Im Interesse des Staats und der Revolution gehen die Arbeiter auf Zugeständnisse ein und versprechen, die Produktivität der Arbeit zu heben . . . Doch fordern die Arbeiter, daß zur Rettung des Landes auch der andere Teil Opfer bringe . . ."

„Die Revolution ist vom Angriff zur Abwehr übergegangen, die Kapitalisten aber gehen von der Abwehr zum Angriff über . . ."

In der Lederindustrie führte dieser Angriff zu einem Zusammenstoß. Als Zugeständnis an die Forderungen der Kapitalisten gab der Arbeitsminister Skobelew einen Erlaß an die Betriebsausschüsse heraus, der die Verpflichtung der Anstellung und Entlassung durch die Betriebsausschüsse aufhob. Der Versuch, diesen Erlaß in der Lederindustrie durchzuführen, stieß vonseiten des Lederarbeiterverbandes auf entschiedenen Widerstand. Der Verband antwortete mit einem Ausstand, der sich auf den ganzen Moskauer Bezirk ausdehnte. In diesem Ausstand, der das Vorspiel zu den Oktobertagen bildete, standen zwei Klassen einander scharf gegenüber: Auf der einen Seite befanden sich die verbündeten Unternehmer der Lederbranche, hinter deren Rücken bedeutende Vereinigungen der Kapitalisten standen; auf der anderen der Lederarbeiterverband, unterstützt von sämtlichen Gewerkschaften, die aus ihren Fonds Geldmittel zur Unterstützung der Streikenden bewilligten, Spenden sammelten und für diesen Zweck halb- oder eintägige Lohnabzüge vornahmen.

Unter einer wirtschaftlichen Konjunktur, die den Streik — in Bezug auf die wichtigsten unsrer Industriezweige — in einen Nonsens verwandelt; unter der Ueberzeugung, die nunmehr die Massen durchdringt, daß die Ausstände zu diesem Zeitpunkt nur den Interessen der Unternehmer dienen, der Produktion, als deren Hüter die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften sich fühlen und erklären, aber nur schädlich sein können, erreicht diese Zuspitzung der ökonomischen Gegensätze Mitte Oktober ihren Höhepunkt und trägt wesentlich zur Stürzung der Koalition bei, die das Vertrauen der Arbeitermassen voll und ganz eingebüßt hat.

Am 15. Oktober nimmt die Delegiertenversammlung des Moskauer Metallarbeiterverbandes einstimmig eine Resolution an, die nach Feststellung des wirtschaftlichen Verfalls folgendes besagt: „Der Krieg und die Revolution haben das Proletariat vor eine erhabene Aufgabe gestellt: die Produktivkräfte des Landes zu organi-

sieren und vor der Katastrophe zu bewahren, zu der die Kapitalisten das Land absichtlich führen."

Den jetzigen Charakter des wirtschaftlichen Kampfes definiert die Resolution wie folgt: „Das in einem machtvollen Syndikat organisierte industrielle Kapital, das sich als Ziel stellt, die Arbeiterklasse mittels Desorganisierung der Produktion und der hierdurch hervorgerufenen Arbeitslosigkeit zu zähmen und gleichzeitig die Revolution niederzuringen, fordert die Arbeiter zu vereinzelten Streiks heraus, welche die ohnehin zerrüttete Produktion noch mehr untergraben".

Hieraus zieht die Versammlung die folgende Schlußfolgerung: „Die Delegiertenversammlung des Moskauer Metallarbeiterverbandes fordert, daß der Moskauer Sowjet der Arbeiter-Deputierten unverzüglich zur revolutionären Organisation des gesamten industriellen Lebens schreitet und im Einvernehmen mit dem Petrograder Sowjet den Ausständen durch revolutionäre Macht sofort ein Ende macht, die Unternehmer zwingt, sämtliche wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter zu befriedigen, und insbesondere ein Dekret hinsichtlich der Kontrolle der Betriebsausschüsse über Anstellung und Entlassung herauszugeben."

Wir führen diese Resolution als eine der bezeichnendsten an. Gleichartige Resolutionen wurden zur selben Zeit von dem Moskauer Textilarbeiterverband, sowie einer ganzen Reihe von Gewerkschaftsversammlungen in den Hauptstädten und in der Provinz angenommen. Die gemeinsame Versammlung aller Gewerkschaftsleitungen Moskaus und des Moskauer Gewerkschaftsbüros sowie die nächste Delegiertenversammlung der Metallarbeiter vom 22. Oktober konkretisieren und bestätigen nur diesen Beschluß. Der Moskauer Sowjet der Arbeiter-Deputierten beschließt, die von den gewerkschaftlichen Organisationen aufgestellten dringlichsten Forderungen durch ein Dekret zur Entscheidung zu bringen.

III.

Die Gewerkschaften während der proletarischen Diktatur.

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Kämpfe stellte die russischen Arbeiter und ihre Gewerkschaften bereits in den Monaten Mai—Juni 1917 vor die Notwendigkeit, den Schwerpunkt ihrer Bestrebungen auf das Gebiet der Kontrolle und Regelung der Industrie zu verlegen. Im Oktober aber mußten sie zur Ueberzeugung gelangen, daß von einer Kontrolle und Regelung der Industrie nicht die Rede sein kann, solange die Macht in den Händen der Kapitalisten bleibt, daß vielmehr, angesichts des wirtschaftlichen Verfalls und der Sabotage seitens der Unternehmer, die Taktik des ökonomischen Kampfes selbst von Grund aus umgeändert und auf das Gebiet des politischen Kampfes, des Kampfes um die Macht verlegt werden muß.

Die aus diesen Voraussetzungen hervorgehende logische Schlußfolgerung, die Krönung der Entwicklung der neuen Ideologie in ihrem ersten Stadium, bildete die Resolution der Moskauer Metallarbeiterkonferenz vom 15. bis 22. Oktober. Die praktische Schlußfolgerung, den Schlußakkord aber brachte die Resolution des Vorstandes des Petrograder Metallarbeiterverbandes, die infolge der in dem Sturz der Koalition ausmündenden Ereignisse in Petrograd auf einer Sondersitzung des Verbandes am 26. Oktober angenommen wurde.

Diese Resolution lautet wie folgt: „Der einzige Ausweg aus der geschaffenen Sachlage ist die unverzügliche Uebernahme der Macht durch den Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten und den Petrograder Arbeiter- und Soldatenrat. Ferner spendet der Metallarbeiterverband 50 000 Rubel und stellt seinen technischen Apparat dem Sowjet zur Verfügung.“ (Von mir unterstrichen, M. T.)

Durch Anerkennung der Notwendigkeit des Uebergangs der Macht in die Hände der Sowjets beschleunigten die Gewerkschaften die Umwälzung nicht nur moralisch, sondern auch materiell,

indem sie Hand in Hand mit den Sowjets mit ihrem gesamten Apparat in den Kampf um die Macht eintraten.

Die Oktoberumwälzung führte zu einer schroffen Veränderung des Kräfteverhältnisses in dem wirtschaftlichen Kampf zwischen Arbeit und Kapital. Die Unternehmer gingen zu versteckten Formen der Aussperrung und der Sabotage über. Da sie aber der Stütze der Staatsmacht verlustig gegangen waren, vielmehr in der Staatsmacht ihren Klassenfeind erkennen mußten, waren sie gezwungen, sämtliche Forderungen der Gewerkschaften zu erfüllen.

Lehrreich ist in dieser Hinsicht ein Vergleich zweier Berichte des Konfliktausschusses des Moskauer Metallarbeiterverbandes, die in Heft 5 und 7 des „Moskauer Metallarbeiters"*) veröffentlicht wurden. In Heft 5 — vor der Oktoberrevolution — schreibt der Verfasser des Artikels „Unsre Konflikte", der Vorsitzender der Konfliktkommission war,**) wie folgt: Die Konfliktkommission ist Zeugin eines geheimen und offenen Angriffs von Seiten der Herren Werk- und Fabrikbesitzer . . ."

„Die Konfliktkommission sah sich nicht immer in der Lage, die lokalen Konflikte zu schlichten".

„Die Herren Fabrikbesitzer wiederum unterordneten sich nicht immer den Beschlüssen der Schlichtungskammer . . ."

In Heft 7 — nach der Umwälzung — schreibt derselbe Verfasser***): „Unsre Kommission ist nach der Oktoberrevolution in eine ganz neue Phase eingetreten". „Fest und bestimmt ertönt unsre Stimme, wir sind der Sachlage gewachsen". „ . . . wie windelweich sie (die Unternehmer) doch geworden sind". „ . . . kaum ist ein Konflikt angemeldet . . . so erscheint schon ein unterwürfiger Herr Unternehmer bei uns. Wie liebenswürdig und nachsichtig er doch ist. Fast scheint er bereit, uns eine Liebeserklärung zu machen . . ."

Ja, die Unternehmer schlugen einen ganz anderen Ton an. Sie schätzten sich glücklich, wenn ihre Konflikte in den Verbänden

---

*) Das Organ des Moskauer Metallarbeiterverbandes, eine volkstümliche gewerkschaftliche Zeitschrift, die Ende 1917 und Anfang 1918 unter meiner Redaktion erschien. M. T.

**) G. Belenki.

***) „Neue Anschauungen im Leben der Konfliktkommission". G. Belenki.

selbst, von geübten sachkundigen Funktionären der Gewerkschaft, die angewiesen waren, jeden wirtschaftlichen Zusammenstoß mit Ernst und Strenge zu behandeln, erwogen wurden. Denn wurden die Konflikte den Bezirkssowjets übergeben, für die der Kriegszustand galt, so wurden sie nach Kriegsart oder, wie man es nannte, nach „Rotgardistenart“ erledigt, d. h. der Sowjet schickte ein paar Arbeiter mit Gewehren zu den Unternehmern mit dem Vorschlag, die Arbeiter zu befriedigen oder sich in Haft zu begeben.

Der Gesamtzustand jener Zeit, in der ein jeder fühlte, daß die Pfeiler der kapitalistischen Gesellschaft samt ihren Rechtsnormen gestürzt waren, als nicht nur die gewöhnliche Regelung der Beziehungen zwischen öffentlichen und staatlichen Organen fehlte, sondern diese Organe selbst sich erst im Aufbau befanden, mußten notgedrungen günstige Bedingungen zur Entfaltung der denkbar unnormalsten Methoden in der Schlichtung der Konflikte zwischen Arbeit und Kapital schaffen.

Die Tätigkeit der Arbeiterorganisationen trug zu jener Zeit begreiflicherweise einen unzentralisierten, elementaren Charakter, der sich manchmal in recht willkürlichen Formen äußerte, wie in willkürlichen Verhaftungen von Unternehmern, unbefugter Beschlagnahme von Waren und Betrieben, willkürlicher Einführung von Lohntarifen usw.

Die junge Sowjetmacht, die keinen Staatsapparat zu ihrer Verfügung hatte und sich den zusammengeschlossenen feindlichen Schichten nicht nur der vermögenden Klassen, sondern auch aller Zwischenelemente der höheren und mittleren Beamtenschaft gegenübersah, welche zu der Taktik weitgehender Sabotage gegriffen hatte, konnte sich in ihrem Kampf um die Eroberung des Staatsmechanismus und zur Durchführung ihrer Politik begreiflicherweise nur auf den Apparat der Sowjets, der Gewerkschaften und der Betriebsausschüsse stützen. Unter solchen Bedingungen war die Taktik der wenn auch unorganisierten Selbsttätigkeit der Arbeiterorganisationen das beste Mittel zur Bekämpfung der Sabotage, derer die Kapitalisten sich bedienten. Vor die Tatsache gestellt, daß die Gewerkschaften sich die Funktionen von Organen der Staatsmacht angeeignet hatten, war es ein leichtes, diese Erscheinung als natürlich und historisch unvermeidlich anzuerkennen, sie als Ergebnis des Entwicklungsprozesses der Gewerk-

schaftsbewegung, als Schlußphase ihrer Existenz unter den Bedingungen der proletarischen Diktatur zu betrachten.

Diese Entwicklung führte zu der Idee, die Gewerkschaften zu Organen der Staatsmacht zu erklären. Wo jedoch gegen die Gewerkschaften Vorurteile bestanden, die auf der falschen Vorstellung fußten, daß die Gewerkschaften ausschließlich Organe *zum Kampf um die Verbesserung* der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung seien (das ist die Formulierung der Opportunisten und einiger ihnen folgender Orthodoxen, die sich in dieser Frage rettungslos verstrickt haben), führte dies aber auch zu einer anderen Schlußfolgerung, und zwar zu folgender: Wird die kapitalistische Gesellschaftsordnung aufgehoben und besteht die Aufgabe der Arbeitermacht in der Verteidigung *sämtlicher Interessen* des Proletariats, in allseitiger Verbesserung seiner Lebensbedingungen, so . . . sind die Gewerkschaften nicht mehr nötig.

Wir müssen jedoch sagen, daß dieser Standpunkt in Rußland keinen Anklang fand. Wir erwähnen ihn nur als eine vorübergehende Idee, die nicht populär werden konnte. Der Gedanke, die Gewerkschaften abzuschaffen, wurde gewöhnlich damit begründet, daß sie durch die Betriebsausschüsse, natürlich in zentralisierter Form, ersetzt werden könnten. Doch wer die Entwicklung unsrer Arbeiterorganisationen verfolgt, mußte sich darüber klar werden, daß die Betriebsausschüsse die Gewerkschaften nicht ausschließen, sondern sie ergänzen, und ferner, daß wir durch die Vereinigung und Zentralisierung der Betriebsausschüsse Gewerkschaften erhalten, die auf dem *Prinzip der Organisation nach Industriezweigen* aufgebaut sind. Was die wirtschaftliche Tätigkeit der Betriebsausschüsse anbelangt, so unterlag die Notwendigkeit ihrer Zentralisierung zwecks Unterordnung der Gruppeninteressen der einzelnen Unternehmen unter die Interessen der Gesamtheit keinen Zweifel. Aber um das zu erreichen, mußte man nicht diese oder jene Organisation zerstören, sondern sie zu einem einheitlichen Ganzen verschmelzen (das wurde dann auch in dem Halbjahr nach der Oktoberrevolution vollbracht).

Während die Oktoberumwälzung den linken Flügel vor die Frage der neuen Aufgaben der Gewerkschaften gestellt und dabei lebhafte Debatten, sowie einige Unstimmigkeiten hervorgerufen hatte, blieb der rechte Flügel, der von der Voraussetzung der Un-

gesetzlichkeit der Umwälzung und des stabilen Charakters der Revolution als einer „bürgerlichen“ Revolution ausging, beharrlich bei seiner alten Position und stellte diesbezügliche Leitsätze auf, um die er sich während der Dauer der Koalition zartfühlend herumgedrückt hatte.

Zur Zeit der Koalition hielten es die Vertreter des Menschewismus in der Gewerkschaftsbewegung für notwendig, gewisse strittige Fragen der Politik zu umgehen. Die Oktoberrevolution aber heilte sie radikal von diesem angeblichen Apolitismus (politische Neutralität).

So schreibt der Vorstand des Petrograder Buchdruckerverbandes in einem Artikel anläßlich der von ihm für die Vorstandswahlen selbständig aufgestellten Wahlliste aus Internationalisten in dem Heft 11 des „Petschatnoje Delo“, Organ des Petrograder Buchdruckerverbandes, vom 7. Oktober 1917, wie folgt:

> „Der Vorstand kann in einer rein politischen Frage keinen Standpunkt einnehmen, der Tausende von Mitgliedern des Verbandes vor die Frage stellen würde, ob sie auch noch ferner dem Verbande angehören können.
>
> Den Ueberlieferungen der Buchdrucker getreu, hielt der jetzige Vorstand sich nicht für berechtigt, den Verband in die Partei der Vaterlandsverteidiger oder der Internationalisten hineinzuziehen. Den Luxus einer Spaltung überlassen wir den Parteien. Wir aber wollen einig sein und ein geschlossenes Ganzes bilden, umsomehr, als volle Möglichkeit hierfür vorhanden ist, da Vaterlandsverteidiger und Bolschewiki den wirtschaftlichen Kampf mit gleichem Erfolg führen können. Man muß es nur verstehen, die Sache richtig einzufädeln.“

Aber schon nach zwei Wochen erfährt die Haltung des Verbandes eine schroffe Aenderung. Das nächste Heft (Nr. 12) derselben Zeitschrift bringt auf seiner ersten Seite einen Aufruf gegen die „Verfolgungen der Presse“, unterzeichnet von dem Komitee für Schutz der Preßfreiheit, dem Verband der Buchdrucker, dem Zentralausschuß der Vereinigten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, dem Zentralausschuß der Partei der Sozialrevolutionäre, den Mitgliedern der Petersburger Stadtverordnetenversammlung und anderen mehr.

Und endlich lesen wir in demselben Heft:

„Der Vorstand des Buchdruckerverbandes nahm in seiner Sitzung vom 30. Oktober folgende Resolution an:

Nach Erörterung der im Zusammenhang mit der stattgefundenen politischen Umwälzung geschaffenen Sachlage fordert der Vorstand des Buchdruckerverbandes:

1. die unverzügliche Einstellung des brudermörderischen Gemetzels,
2. die unverzügliche Wiederherstellung der Preßfreiheit durch das Kriegsrevolutionskomitee,
3. eine Einigung sämtlicher sozialistischer Parteien in der Frage der Organisation der Macht.
4. Der Vorstand erklärt, daß er, falls diese Forderungen nicht erfüllt werden, alle ihm zu Gebote stehenden Mittel anwenden wird, um einen Druck auf die betreffenden Instanzen und Parteien auszuüben."

Die Oktoberrevolution veranlaßte den menschewistischen Vorstand des Buchdruckerverbandes somit, den Schleier der politischen Unschuld abzuwerfen und, ohne vor der Gefahr einer Spaltung in den Reihen seiner Mitglieder zurückzuschrecken, sein politisches Antlitz zu enthüllen. Am schärfsten aber traten die Unstimmigkeiten zwischen der Rechten und der Linken auf dem ersten Allrussischen Gewerkschaftskongreß zutage.

Trotz des äußerlichen Apolitismus, den die menschewistischen Gewerkschaften *aus Furcht, die Massen in Fragen der Politik zu spalten*, zu predigen fortfuhren, ziehen sich die prinzipiellen Gegensätze zwischen der Rechten und der Linken gerade in Bezug auf Politik wie ein roter Faden durch die gesamten Verhandlungen des ersten Gewerkschaftskongresses. In allen Debatten, in allen Fragen, beginnend mit den Begrüßungsansprachen und endend mit den Resolutionen, äußerte sich die grundlegende Meinungsverschiedenheit zwischen der Mehrheit und der Minderheit des Kongresses über die verschiedene Auffassung der vor sich gehenden Revolution. Man stritt nicht über die Struktur der Gewerkschaften, nicht über diese oder jene Auffassung ihrer konkreten Aufgaben, sondern hauptsächlich und in erster Reihe über den Charakter der Oktoberumwälzung und die ferneren Aussichten der Revolution.

Die gesamte rechtssozialistische Opposition gegen die Sowjetmacht trat auf dem Kongreß unter der gemeinsamen Losung der

„Einheit und Unabhängigkeit“ der Arbeiterbewegung auf. Ueberlassen wir es den Vertretern dieses Blocks, ihren Standpunkt selbst zu beschreiben:

„Ich wiederhole, daß unsre Revolution eine bürgerliche Revolution ist, und ich behaupte, daß die Dekrete, die sich in den letzen Monaten und Wochen aus dem Smolnyinstitut in solcher Fülle über den Kapitalismus ergießen, diesen nicht getötet haben. Ich nehme an, daß der Kapitalismus sich leider sehr bald wieder in seiner ganzen Macht, seiner ganzen Kraft zeigen wird. Ich bin daher der Ansicht, daß, insofern der Kapitalismus unangetastet bleibt, auch die Aufgaben, welche das Fortbestehen der kapitalistischen Wirtschaft der Gewerkschaftsbewegung stellt, die gleichen bleiben. Die Gewerkschaften müssen auch ferner, wie bisher, unabhängige Organe des proletarischen Klassenkampfes bleiben . . .“ (Aus der Begrüßungsrede Maiskis, des Vertreters des Zentralausschusses der Vereinigten sozialdemokratischen Arbeiterpartei.)

Seine endgültige Formulierung erhielt dieser Standpunkt in der nachstehenden, von den Menschewiki beantragten Resolution, die vom Kongreß abgelehnt wurde:

'In Anbetracht des Umstandes: 1. daß die gegenwärtige Revolution ihrem objektiven Inhalt nach keine sozialistische, sondern eine bürgerliche Revolution ist und daß die möglichen Errungenschaften der Arbeitermassen nicht imstande sind, die Grundlagen der kapitalistischen Ordnung abzuändern; 2. daß angesichts dessen die gegenwärtigen sozialistischen Versuche, ohne die Grundlagen der kapitalistischen Ordnung zu erschüttern, tatsächlich nur zur vollständigen Zerrüttung der Volkswirtschaft beitragen und dadurch die Lebensbedingungen des kämpfenden Proletariats bedeutend verschlimmern; 3. daß das russische Proletariat folglich auch in der Zukunft gezwungen sein wird, das Kapital in allen seinen Formen zu bekämpfen, um die Besserung seiner wirtschaftlichen Lage im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft sowie seine endgültige Befreiung durch den Sozialismus zu erzielen; 4. daß eine machtvolle Stütze des Proletariats in diesem Kampfe die freien und von den Klassen unabhängigen Gewerkschaften sein werden, die unter den Bedingungen eines sich systematisch zuspitzenden Klassenkampfes in immer enge-

rem Kontakt mit der politischen Klassenpartei des Proletariats vorgehen — in Anbetracht alles dessen bestätigt der erste Allrussische Gewerkschaftskongreß die Resolution der III. Allrussischen Konferenz über die Aufgaben der Gewerkschaften und widersetzt sich auf das Entschiedenste dem Versuch des Rats der Volkskommissare, die Gewerkschaften in Hilfsorgane der sogenannten Arbeiter- und Bauernregierung umzuwandeln. Der Kongreß erklärt offen, daß die Gewerkschaften auch ferner freie und unabhängige Vereinigungen des proletarischen Klassenkampfes bleiben müssen."

Die Stellungnahme der rechtssozialistischen Parteien zur Oktoberumwälzung und zu den blutigen Zusammenstößen, die in den Straßen Petrograds und Moskaus zwischen den Arbeitern und Bauern einerseits und den Grundbesitzern und Kapitalisten andrerseits vor sich gingen, äußert sich ungeschminkt in der persönlichen Erklärung, die einer der angesehensten menschewistischen Gewerkschaftler, Grinewitsch, auf dem Kongreß abgab:

„Bis zu den Oktobertagen blieb ich im Sekretariat, doch n a c h den Oktobertagen, am Tage nach dem blutigen Gemetzel in Moskau, sandte ich dem Rat*) ein Schreiben, in dem ich erklärte, daß angesichts der Tatsache, daß der Moskauer Rat in der Gestalt des Kriegsrevolutionskomitees (der Sekretär des Moskauer Gewerkschaftsrats war zugleich Chef der Roten Garde) Leute, die sich früher in keiner Weise an der Gewerkschaftsbewegung beteiligten, und zwar Mitglieder des Revolutionskomitees delegiert hat, die Verschwörungen anzettelten und einen Aufstand organisierten, ich als Mitarbeiter der Gewerkschaftsbewegung mich an einer Verschwörungsorganisation nicht beteiligen werde, wie ich es auch bisher nicht tat."**)

Stellen wir dieser Resolution der Anhänger der „Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung" und ihrem Verhalten zum blutigen Kampf der Arbeiter um ihre Befreiung, wie es in der oben

---

*) Es handelt sich um den Moskauer Gewerkschaftsrat.

**) Die Auszüge aus den Reden und Resolutionen entnehme ich dem stenographischen Bericht über den „Ersten Allrussischen Gewerkschaftskongreß", Ausgabe des Allrussischen Zentralrats der Gewerkschaften, Moskau 1918, mit einem Vorwort. M. T.

angeführten „persönlichen Erklärung“ eines der Führer des Menschewismus zum Ausdruck kommt, die Resolution gegenüber, die auf Antrag der Fraktion der Bolschewiki vom Kongreß angenommen wurde, so wird der auf dem Kongreß zutage getretene Abgrund zwischen den beiden Flügeln der russischen Gewerkschaftsbewegung völlig deutlich:

„1. Der politische Sieg der Arbeiter und ärmsten Bauern über die Imperialisten und deren kleinbürgerliche Agenten in Rußland führt uns gleichzeitig zum Beginn der internationalen sozialistischen Revolution und zum Sieg über die kapitalistischen Produktionsmethoden. Die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten wurden zu Organen der Macht. Die Politik der Arbeiter- und Bauernregierung ist zur Politik des sozialistischen Umbaus der Gesellschaft geworden.

2. Die Oktoberrevolution, die die Macht aus den Händen der Bourgeoisie in die Hände der Arbeiterklasse und der ärmsten Bauernschaft legte, schuf ganz neue Bedingungen für die Tätigkeit aller Arbeiterorganisationen überhaupt, darunter auch der Gewerkschaften.

3. Die revolutionären Sozialisten betrachteten die Gewerkschaften ausschließlich als Organe des wirtschaftlichen Kampfes des Proletariats um die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Die revolutionären Sozialisten sahen in den Gewerkschaften stets Organisationen, die berufen sind, Hand in Hand mit den anderen Kampfesorganisationen der Arbeiterklasse für die Diktatur des Proletariats und die Verwirklichung des Sozialismus zu kämpfen. Um so größer ist die Rolle, die den Gewerkschaften im Kampf um die Verwirklichung des Sozialismus jetzt zufällt, wo der Klassenkampf das russische Proletariat dicht vor den Anfang der sozialistischen Revolution, vor die praktische Verwirklichung einer ganzen Reihe wichtiger sozialistischer Maßnahmen gebracht hat.“

Nachdem der Kongreß den Charakter der Oktoberumwälzung und seine Stellungnahme zur Revolution also festgestellt hatte, deutete er die allgemeinen Richtlinien der Gewerkschaftsbewegung folgendermaßen an:

„4. Die Gewerkschaften müssen den Schwerpunkt ihrer Arbeit gegenwärtig auf das Gebiet der Organisation und des sozialistischen Wirtschaftsaufbaues verlegen. In ihrer Eigenschaft als Klas-

senorganisationen des Proletariats, aufgebaut auf dem Prinzip der Einteilung nach Industriezweigen, müssen die Gewerkschaften den Hauptteil der Arbeit zur Organisierung der Produktion und der Wiederherstellung der zerrütteten produktiven Kräfte des Landes auf sich nehmen.

Tatkräftigste Beteiligung an allen Zentren, die die Produktion regeln, Organisation der Arbeiterkontrolle, Registrierung und Verteilung der Arbeitskräfte, Organisierung des Warenaustausches zwischen Stadt und Land, eifrigste Beteiligung an der Demobilmachung der Industrie, Bekämpfung der Sabotage, Einführung der Arbeitspflicht usw. — das sind die auf der Tagesordnung stehenden Aufgaben.

Besondere Aufmerksamkeit muß der Zentralisierung der Gewerkschaftsbewegung im gesamtrussischen Ausmaß und der Organisation von kraftvollen Landarbeiterverbänden gewidmet werden.

5. Nach ihrem Ausbau müssen die Gewerkschaften im Entwicklungsprozeß der sozialistischen Revolution zu Organen der sozialistischen Macht werden, die als solche zusammen mit anderen Organisationen an der Verwirklichung der neuen Grundlagen für das Wirtschaftsleben des Landes arbeiten.

6. Als vorläufige Maßnahmen zur Verwandlung der Gewerkschaften in solche Organe und zur Verschmelzung aller wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse überhaupt (insbesondere der Betriebsausschüsse) kämen in Betracht: Enges Zusammenarbeiten und unlösbare Organisationsverknüpfung der Gewerkschaften mit den proletarischen politischen Organisationen und in erster Reihe mit den Arbeiter- und Soldatensowjets."

In dieser, von dem Kongreß angenommenen Resolution waren, wenn auch in ganz abstrakten und groben Zügen, die Richtlinien angedeutet, die zur Grundlage der russischen Gewerkschaftsbewegung wurden. Es ist wahr, sogar die Bolschewiki selbst übertrieben zu jener Zeit gewissermaßen die Schnelligkeit, mit der Gewerkschaften in Staatsorgane verwandelt werden sollten. Der Prozeß dieser Umwandlung erschien ihnen als nächste Etappe, als eine Frage weniger Monate. Zudem war der Begriff selbst viel zu abstrakt, und obgleich man ihn als Prozeß gekennzeichnet hatte, war der Verlauf dieses Prozesses doch ganz unklar; er rief deshalb in den Reihen der Bolschewiki und der mit ihnen sympathisieren-

den Gruppen starke Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf das Tempo und die Auffassung des Prozesses hervor.

Während ein Teil der Genossen sich die Verwandlung der Gewerkschaften in Staatsorgane als Ergebnis eines allmählichen Hineinwachsens der Gewerkschaften in die Organe der Staatsmacht vorstellte, als überaus langwierigen Prozeß, nahmen andere Genossen wiederum an, daß die Gewerkschaften schon zur Zeit des ersten Kongresses unverzüglich in Organe der Staatsmacht verwandelt werden könnten. Welche Rolle diese neuen, sofort in Organe der Staatsmacht verwandelten Gewerkschaften im Gesamtsystem der Sowjetordnung einnehmen würden, war weder den einen noch den anderen so recht klar. Und fürwahr, es hielt schwer, schon drei Monate nach dem Oktoberumsturz eine abgerundete Plattform der Rolle der Gewerkschaften unter den Bedingungen der proletarischen Diktatur zu geben. Es bedurfte eines ganzen Jahres gemeinsamer Arbeit der Gewerkschaften und der Sowjetmacht, eines Jahres des Lebens und der Arbeit, das an Intensität, an Lebenstempo und an kaleidoskopartiger Schnelligkeit mit der die Ereignisse einander abwechselten, einer ganzen weltgeschichtlichen Periode gleichkam, um den von dem I. Gewerkschaftskongreß niedergelegten allgemeinen Richtlinien auf dem II. Gewerkschaftskongreß vollendeteren Ausdruck zu verleihen. Das große Verdienst des I. Kongresses bestand jedoch darin, daß er den einzig wahren Weg wies, den die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung unter den Bedingungen der proletarischen Diktatur nehmen konnte und mußte.

Der Standpunkt der Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung unter den Bedingungen des angestrengten Kampfes, den das Proletariat im Lauf der ferneren Entwicklung der Revolution durchzumachen hatte, führte objektiv zu einem Gegenüberstellen der wirtschaftlichen Organisationen des Proletariats — der Gewerkschaften einerseits und der Organe seiner politischen Diktatur, der Sowjets, andrerseits. Die fernere Entwicklungsgeschichte der Gewerkschaftsbewegung in Rußland bestätigte auf das Entschiedenste die Richtigkeit der vom I. Gewerkschaftskongreß niedergelegten Richtlinien und führte zum vollen Zusammenbruch der Theorie der „Unabhängigkeit".

Bereits drei Monate nach dem I. Allrussischen Gewerkschaftskongreß, im März 1918, auf der Außerordentlichen IV. Gewerk-

schaftskonferenz, zeigten die Anhänger der Einheit und Unabhängigkeit die ersten Anzeichen ihres Schwankens. Sie fuhren fort, auf ihrer Forderung zu bestehen und sagten einen ihrer Ansicht nach unvermeidlichen Umsturz voraus. Nach wie vor waren sie von der Wiederaufrichtung des Kapitalismus überzeugt; aber die Formen dieser Restauration erschienen ihnen bereits recht unklar. Schon klang die Losung der „Konstituierenden Versammlung" weniger entschieden. Ein Jahr lang schwankte der Block der Anhänger der Unabhängigkeit, änderte seine Taktik einmal über das andere, begann mit passiver Kritik des Sowjetregimes und endete mit aktivem Kampf, mit der Beteiligung an der Regierung von Ssamara und mit Versuchen, die Sowjetmacht vermittels eines allgemeinen Aufstandes zu stürzen. In ihren Augen nahm die Sowjetordnung bald die Form einer Diktatur der Soldaten und Bauern an, bald die Form eines vollendeten Systems des Staatskapitalismus. Jedoch in Bezug auf die Gewerkschaftsbewegung fuhren sie, ungeachtet des vollen Schiffbruches ihrer prophetischen Weissagungen, beharrlich fort, die Notwendigkeit der „Unabhängigkeit" der Gewerkschaften zu predigen.

Aber lassen wir diese vom Leben und von der Geschichte verurteilten Politiker und werfen wir einen Streifblick auf die fernere Entwicklung der Ideologie der russischen Gewerkschaftsbewegung und der praktischen Formen ihrer Entwicklung.

Das Jahr 1918 brachte in die wirtschaftliche Struktur der Republik riesenhafte Veränderungen. Ein halbes Jahr nach dem ersten Allrussischen Gewerkschaftskongreß wurde die ganze Großindustrie nationalisiert, und zwar nicht auf dem Wege der allmählichen staatlichen Syndizierung und Regelung als den Vorbereitungsformen zur endgültigen Nationalisierung der Industrie, sondern durch einen einzigen Federstrich der Sowjetmacht, als Folge des Brester Friedens. Ende desselben Jahres, nach dem Zusammensturz des deutschen Imperialismus und dem Bruch des Brester Friedens wurden auch die übrigen, mehr oder minder bedeutenden Industrie- und Handelsunternehmen nationalisiert. Die Staatsorgane hatten in allgemeinen Zügen schon zu arbeiten begonnen, und der Oberste Volkswirtschaftsrat erhielt eine in der Grundlage feststehende Struktur. Die kleinen Zusammenstöße mit den Unternehmern hörten auf: die Gewerkschaften standen ihrer Hauptaufgabe, der Organisation der Produktion, gegenüber. Ein-

zig und allein durch die Teilnahme der Gewerkschaften und Betriebsausschüsse, nur indem sie sich auf die wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen stützte, konnte die Sowjetmacht, unter den Bedingungen der Sabotage durch die technischen Kräfte und die gesamte Intelligenz die Nationalisierung der Industrie durchführen; nur auf der Grundlage der Arbeiterverbände konnten der Oberste Volkswirtschaftsrat und das Volkskommissariat für Arbeit mit ihren lokalen Organen aufgebaut werden.

Die Woge der Arbeitslosigkeit, die sich in der ersten Hälfte 1918 über das ganze Land ergoß, wurde dank den Gewerkschaften, die Arbeitsbörsen und Arbeitslosenversicherungskassen eröffneten, liquidiert. An allen Aufgaben, die die Sowjetmacht im letzten Jahre zu lösen hatte, angefangen mit der Versorgung und Verteilung der Arbeitskräfte und endend mit der Bekämpfung des Hungers durch Umbau des Verpflegungsapparates und Einreihung proletarischer Elemente in diesen Apparat, sowie mit dem Umbau der Armee, an allen Arbeiten nahmen die Gewerkschaften lebhaftesten Anteil.

Doch auch während dieser fieberhaften Arbeit des allgemeinstaatlichen Aufbaus und der Lösung konkreter, von der Revolution gestellter Aufgaben, wurde auch unentwegt die grundlegende Arbeit des Umbaus der Gewerkschaften nach dem Produktionsprinzip, die Verschmelzung der Gewerkschaften mit den Betriebsausschüssen oder vielmehr die Umwandlung der letzteren in lokale Organe der Gewerkschaften, und endlich die Verschmelzung der Ortsverbände in eine machtvolle gesamtrussische Vereinigung durchgeführt, die denn die Möglichkeit gab, an das kolossale Werk der staatlichen Regelung der Arbeit zu schreiten. Zu Beginn des Jahres 1919 waren die bedeutendsten industriellen Verbände des Proletariats bereits nach dem Produktionsprinzip umgebaut und in gesamtrussischem Ausmaß zusammengeschlossen.

Das eine Jahr der gemeinsamen Arbeit der Gewerkschaften und der Sowjetmacht auf den verschiedenen Gebieten der staatlichen und wirtschaftlichen Tätigkeit lieferte ausreichendes Material, auf Grund dessen der II. Allrussische Gewerkschaftskongreß endgültig in konkreter Form die Entwicklungslinie der Gewerkschaftsbewegung bezeichnete und ein allgemeines Schema des Organisationsbaues der Gewerkschaften geben konnte.

Vereinsdruckerei G. m. b. H., Potsdam